

Centro de Investigacion y Docencia Economicas

From the SelectedWorks of Andreas Schedler

1995

Die antipolitischen Stereotypen Jörg Haiders

Andreas Schedler



SELECTEDWORKS™

Available at: http://works.bepress.com/andreas_schedler/27/

Die antipolitischen Stereotypen Jörg Haiders

Andreas Schedler (Wien)

Die kritische Auseinandersetzung mit Jörg Haider kennt ein Leitthema: sein problematisches Verhältnis zur Demokratie (vgl. etwa Bailer, 1990 und 1995; Scharsach, 1992 und 1995). Das läßt sich leicht nachvollziehen. Die Freiheitlichen liefern in beeindruckender Regelmäßigkeit skandalträchtige Anlässe für Mißtrauen, für Zweifel an ihrer demokratischen Glaubwürdigkeit. Problematisch ist dabei an erster Stelle das Verhältnis Jörg Haiders zu (alten und neuen) nationalsozialistischen Positionen. Der F-Obmann trägt den antifaschistischen Grundkonsens der politischen Öffentlichkeit ganz offensichtlich nicht mit. Auf dringliche Anfrage ist er zwar bereit, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu verurteilen.¹ Gleichzeitig greift er Stilelemente und sprachliche Muster des frühen Nationalsozialismus auf (etwa in seiner Kritik des »Systems« und der »Altparteien«); bedient sich modernisierter Versatzstücke nationalsozialistischer Ideologie (etwa in seiner anti-individualistischen Forderung nach »ganzheitlichem Denken«); unterhält ein affirmatives Verhältnis zu einzelnen Politikbereichen des NS-Regimes (vor allem zur Arbeitsmarktpolitik); beschreibt die Träger des Nationalsozialismus unterhalb der Entscheidungselite (»diese Soldatengeneration«) als moralisch hochstehende Patrioten, als charakterstarke, heroische und vor allem unschuldige Kriegs- und Wirtschaftstreibende (etwa in Krumpendorf oder regelmäßig am Ulrichsberg); bezieht sich immer wieder mit verachtungsvollem, verletzendem Vokabular auf die Opfer nationalsozialistischer Repression (etwa in seiner Rede von den »Straflagern«); und sitzt schließlich einer Partei vor, die nicht nur an ihren Rändern vielfältige personelle und organisatorische Brücken zum rechtsextremen Milieu schlägt.² Zahlreiche, zahllose Indizien unterstützen somit das Urteil, zu dem die kritische Diskussion mehrheitlich gelangt. Es lautet auf Rechtsextremismus. Der Zeitungsjournalist Peter Michael Lingens brachte es anläßlich der faschismusfreundlichen Grußworte Jörg Haiders an die SS-Veteranen und F-Mitglieder in Krumpendorf auf den Punkt: Haider sei offenbar »ein ganz gewöhnlicher Nazibua« (*Der Standard*, 22.12.1995).

Das mag durchaus stimmen. Dennoch zeigt diese Neofaschismusdebatte über Haider auch deutliche Schwächen. Sie verläuft vielfach etwas ritualisiert. Und sie scheint auch politisch ineffektiv zu sein, insofern sie offenbar kaum jemanden, der Haider aus anderen Motiven zustimmt, davon abhält, ihn auch zu wählen. Das mag nicht zuletzt damit zusammenhängen, daß der Befund, die Freiheitlichen seien eine antidemokratische Vereinigung, oft mit einer Eindeutigkeit verkündet wird, die den Unsicherheiten und Ambivalenzen der politischen Wirklichkeit nicht Rechnung trägt. Vielleicht ist Jörg Haider ein Feind der Demokratie. Und vielleicht ist er auch eine Gefahr für die Demokratie. Aber eben nur vielleicht. Das diagnostische Problem liegt vor allem darin, daß unsere *prognostischen* Fähigkeiten be-

grenzt sind. Denn das Hauptdelikt, dessen Haider verdächtigt wird, liegt in einer hypothetischen Zukunft: seine »Machtergreifung« nach demokratischen Spielregeln mit anschließender legaler Abschaffung der Demokratie.³

Wichtiger wiegt aber noch: Es ist ein legitimes und sinnvolles Unterfangen, die oft unscharfen und unsicheren Grenzlinien zu beobachten, die »freiheitliche« von antidemokratischen Positionen trennen. Aber es verengt den Blick. Und vor allem, es verfehlt den Kern des politischen Diskurses von Jörg Haider. Nach unserer Einschätzung verfolgt der Wahlkärntner in erster Linie eine (semiloyale) »Politik der Antipolitik«.⁴

»Antipolitik« soll hier meinen: Kampf gegen das politische Establishment. Der Begriff ist im folgenden also nicht im wörtlichen Sinn einer grundsätzlichen Ablehnung von Politik überhaupt zu verstehen (vgl. dazu Schedler, 1996b), sondern beschreibt eine bestimmte Konfliktlinie, Konfliktkonstruktion im Parteienwettbewerb. Das »Antipolitische« fungiert hier im wesentlichen als eine handliche Kurzformel für eine diskursive Strategie, die sich im Englischen – etwas umständlich, aber doch präzise – noch auf einen Begriff bringen läßt: *anti-political-establishment discourse* (vgl. Schedler, 1996a).

Unter der Führung Jörg Haiders ist die FPÖ zum Vollmitglied in der Familie der »anti-political-establishment parties« aufgestiegen. Zu dieser schnell wachsenden Parteienfamilie zählen unter anderen zeitgenössische Akteure wie die Lega Nord in Italien, der Vlaams Blok in Belgien, die Fortschrittspartei in Dänemark, die Deutsche Volksunion und Die Republikaner in Deutschland, die Reform Party in Kanada, Ross Perot in den USA oder auch die lateinamerikanischen Präsidenten und Expräsidenten Alberto Fujimori (Peru), Rafael Caldera (Venezuela) und Fernando Collor de Mello (Brasilien). Dabei handelt es sich im wesentlichen um politische Außenseiter, die »das politische Establishment« oder »die politische Klasse« zu ihrem persönlichen und zum Hauptgegner der Gesellschaft erklären (vgl. ebenda).

Die Klassifikation von Jörg Haider als einen »antipolitischen« Politiker könnte man auch in die ironische Beobachtung fassen, er betreibe hauptberuflich, was er Thomas Bernhard gern vorgeworfen hat: »subventionierte Staatsbeschimpfung«. Das heißt nicht, die Freiheitlichen seien *nichts anderes* als eine anti-political-establishment Partei. Vor allem seit 1990 hat sich eine zweite Konfliktkonstruktion in den Vordergrund geschoben: das sogenannte Ausländerproblem. Daneben gibt es noch eine bunte Vielzahl an sekundären, untergeordneten, situationsabhängigen Objekten politischer Aggression seitens der Freiheitlichen: »die Staatskünstler«, »die Sozialschmarotzer«, »die Nationalallergiker«, »das anthropozentrische und mechanistische Weltbild«, Claus Peymann, das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Brüssel und Maastricht, »die linksintellektuelle Schickeria«, und viele mehr. Dennoch gilt, so die tragende Hypothese dieses Aufsatzes: der Kampf gegen »die herrschende politische Klasse« war zumindest bisher die Leitidee, das dominante Thema, der programmatische Kern der Freiheitlichen Partei unter Jörg Haider.⁵

Die »antipolitischen« Feindbildkonstruktionen des F-Chefs richten sich dabei vor allem gegen die beiden Regierungsparteien. Wie er die Vertreter dieser Parteien als Feinde porträtiert, wie er also seine politische Gegner konstruiert, seine symbolischen Strategien, seine Themen, seine Sprachbilder, seine »Herabsetzungsmetaphorik« (Ulrich Greiner), dies wird Gegenstand der folgenden Seiten sein. Diese Expedition, dieser Streifzug durch die »antipolitische« Bildersprache des Freiheitlichen Parteivorsitzenden, wird drei Hauptetappen umfassen. Zunächst möchten wir uns ansehen, wie Jörg Haider seine These vorträgt, die beiden großen catch-all Parteien der Zweiten Republik seien unterschiedslos, auswechselbar geworden und zu einer »Einheitspartei« verschmolzen, zu einem geschlossenen Machtkartell (Abschnitt 1). Sodann werden wir analysieren, wie der Oppositionspolitiker die Vertreter der beiden (ehemaligen) Großparteien anhand einer dreifachen Irrationalitätsbehauptung zur »politische Klasse« erhebt. Er schreibt ihnen unter anderem zu, sie seien

inkompetent (kognitiv-instrumentelle Irrationalität), egozentrisch und autoritär (moralische Irrationalität) und unaufrichtig (expressive Irrationalität) (Abschnitt 2). Und zuletzt werden wir die sprachlichen Wendungen untersuchen, mit denen Jörg Haider die österreichischen Berufspolitiker und Beamten als eine »herrschende Klasse« beschreibt, die das Land mit Ausbeutung und Unterdrückung überzieht (Abschnitt 3).

Bemerkenswerterweise ist die Wahrnehmung weit verbreitet, das Talent des »freiheitlichen« Parteiobmanns liege im wesentlichen darin, »*bestehende Mißstände*« aufzugreifen und auf alltagssprachliche, bürgernahe, stammtischgerechte Weise zu thematisieren. StaatsbürgerInnen, Akademiker, Journalisten und Berufspolitiker gestehen zu, er artikuliere »reale Probleme« (wenn auch in aggressiven Vereinfachungen und Übertreibungen), seine Politik besitze somit einen rationalen Kern (wenn auch in einer irrationalen Verpackung).

Die vorliegende Arbeit formuliert nur punktuell Hypothesen über den empirischen Gehalt der Äußerungen, die sie analysiert. Grundsätzlich kann man davon ausgehen, daß die »freiheitliche« Rhetorik wie jede funktionierende Ideologie tatsächlich bestimmte Elemente von Wirklichkeit enthält. Die Distanz zwischen Rhetorik und Realität abzuschreiten und zu vermessen, das kann eine Diskursanalyse wie die folgende jedoch nicht leisten. Allerdings, gegen die vorherrschende »realistische« Perspektive legt unsere Analyse doch eine »konstruktivistische« Sichtweise nahe, die davon ausgeht, daß Jörg Haider die politische Realität nicht empirienah beschreibt, sondern konstruiert. Also nicht Widerspiegelung, sondern Konstruktion der Wirklichkeit.

Die Quellenbasis unserer Sprachanalyse lieferte das jüngst erschienene Buch »Schlagwort Haider. Ein politisches Lexikon seiner Aussprüche von 1986 bis heute« (Tributsch, 1994).⁶ Unsere Studie stützt sich dabei auf das »rohe« Zitatenmaterial, auf den Quellenteil des Lexikons. In einem ersten Schritt identifizierten und katalogisierten wir Sinneinheiten unterhalb des Niveaus von Sätzen (Schlagworte) nach bestimmten Themenfeldern. So gelangten wir zu einem thematisch geordneten Stichwortkatalog, den wir als »Primärmaterial« behandelten und im weiteren ohne nochmaligen Rückbezug auf die ursprünglichen Texte und Kontexte analysierten. Jörg Haiders »Aussprüche«, die ohnehin schon fragmentierte und dekontextualisierte Textstücke darstellen, zergliederten und dekontextualisierten wir damit ein zweites Mal.

Diese Vorgangsweise erscheint durch die Annahme gerechtfertigt, daß die Bauelemente von Jörg Haiders Feindbildkonstruktionen als *Stereotype*, als standardisierte Fertigteile betrachtet werden können, also als Texte, deren Kontexte und Realitätsbezüge *beliebig* und damit *sekundär* sind. Wir haben es, wie bereits angedeutet, eher nicht mit einem »realistischen« Diskurs zu tun, der auf seinen empirischen Gehalt ernsthaft abgeklopft werden könnte, sondern mit einem selbstläufigen, gleichsam »autopoietischen« Diskurs, der weitgehend unbeeindruckt von der Realität läuft und läuft und läuft.⁷

Es sind also Stereotype, die Haider anbietet, nicht Argumente. Er argumentiert nicht, er produziert Bilder. Zwar steigert er die Expressivität dieser Bilder, indem er sie mit Adjektiven schmückt, die suggerieren, die dargestellte Realität liege außerhalb des Normalen und verletze psychische wie normative Schmerzgrenzen (»erschreckend«, »unglaublich«, »unerträglich«, »bedrückend«, »bedrohlich«, »haarsträubend«, »horrend«, »ungeheuerlich«, »unfaßbar«, »untragbar«, »unverständlich«). Routiniert setzt er auch eine Sprache der Superlative ein (»maßlos«, »völlig«, »restlos«, »äußerst«, »total«, »in höchstem Maße«), der Größe (»gigantisch«, »gewaltig«, »enorm«, »massiv«), des Wachstums (»zunehmend«, »wachsend«) und der historischen Einmaligkeit (»einzigartig«, »beispiellos«, »einmalig«, »wie nie zuvor«, »ohne seinesgleichen«). Das verleiht seinen Porträts zusätzliche Dramatik. Und er bemüht sich auch, diese Bilder als realistische, wirklichkeitstreue Abbildungen darzustellen. Seine Sprache suggeriert empirische Evidenz; er beruft sich auf »Tatsachen« und »Fak-

ten«; und seine »handfesten« Schlußfolgerungen, die er in der Regel präsentiert, ohne Daten, Schlußregeln oder Einschränkungen anzugeben, qualifiziert er gern als »offensichtlich«.⁸ Doch: weder die Intensität der Farben noch die rhetorisch erzeugte Illusion eines politischen Fotorealismus vermögen das Verdikt zu korrigieren: es handelt sich nicht um Argumente und auch um Abbildungen nicht, sondern um stereotype Bilder, um politische Metaphorik.

1. Die Einheitspartei

1.1 Entdifferenzierung

»Antipolitische« Parteien, also Parteien, die gegen das politische Establishment insgesamt mobilisieren, verfolgen eine Strategie der *Entdifferenzierung*. Alle Parteien sind gleich, ist ihre Botschaft. Sie bilden keinen Markt, sondern ein Monopol. Nicht Wettbewerb, Kartellbildung treibt sie an. Daß sie im Plural auftreten ist nur Illusion, optische Täuschung, ein Taschenspielertrick. In Wirklichkeit steht der Gegner im Singular. Regierung und Opposition sind identisch, ihre Konfrontation ein bloßes Schattenboxen. Die Demokratie ist eine Fassade, ein Theater, in dem Leviathan die Fäden zieht – unter dem Applaus des Publikums, des revolutionären Subjekts, dem aber nur noch das Klassenbewußtsein fehlt zur elektoralen Rebellion.

In Österreich trifft die FPÖ nicht auf ein relativ gleichgewichtiges Ensemble von Regierungs- versus Oppositionsparteien, sondern auf die übergroße Koalition zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei.⁹ Ihre leitende Gleichung lautet deshalb nicht »Regierung = Opposition«, sondern »SPÖ = ÖVP«. Die anderen, kleineren Oppositionsparteien, die Grünen und das Liberale Forum, werden von der FPÖ im wesentlichen ignoriert. Manchmal bekommen sie zu hören, sie seien ohnehin nur ein Anhängsel der beiden Regierungsparteien und werden mit diesen auch gleich in einen politischen Topf geworfen, etwa unter dem schmeichelhaften Etikett der »Viererbände«. Und vor allem die Grünen werden immer wieder freizügig mit jenen Abziehbildern beklebt, die ganz traditionell in den Bauchladen der politischen Rechten angeboten werden.¹⁰ Im Grunde aber bemüht sich Jörg Haider als Monopolist auf dem Markt der Oppositionsparteien: *L'opposition c'est moi*.

Soziale Systeme, heißt es bei Niklas Luhmann, bestehen aus Kommunikationen. Von Handlungen zu reden, ist bloß eine Technik der Komplexitätsreduktion, die erlaubt, Kommunikationen auf Akteure zuzurechnen. Akteure und ihre Handlungen sind in diesem Sinne soziale Konstrukte, das Ergebnis von *Zurechnungsentscheidungen* (vgl. etwa Luhmann, 1987). Wenn man sich Jörg Haiders Strategie anschaut, zwischen SP und VP konsequent ein *Gleichheitszeichen* zu setzen, versteht man, was Luhmann damit meint.

Die Kritik der Regierungsparteien ist das konkurrenzlose Leitmotiv in Jörg Haiders politischem Diskurs. Weit über zwei Drittel seiner öffentlichen Attacken gelten diesen beiden Parteien und ihren individuellen Vertretern.¹¹ Und in den Erzählungen des illiberalen Parteiobmanns sind die beiden Regierungsparteien nicht zwei Akteure, nicht zwei Organisationen, nicht zwei Parteien – sondern eine. Sie sind fusioniert zu einer »Einheitspartei«, die ihre »Alleinherrschaft«, eine »Einparteienherrschaft«, über Staat und Gesellschaft ausübt. Die Konstruktion des Gegners als homogenes Subjekt. Und die Dekonstruktion der Demokratie als Autoritarismus.

1.2 Namensgebung

Wenn Haider die Unterschiede zwischen SPÖ und ÖVP vom Tisch räumt, dann tut er dies selten am Ende einer Argumentationskette. Die Gleichsetzung der beiden Parteien verläuft meistens unterhalb der Schwelle argumentativer Schlußfolgerungen. Sie funktioniert *per definitionem*, über Benennung, Namensgebung, Etikettierung. Haider verwendet einfach

gemeinsame Bezeichnungen für die Sozialdemokraten und die Volkspartei, gemeinsame Namen. Er versucht also, die Realität einer »Einheitspartei« zu konstituieren, indem er die Regierungsparteien in Begriffen beschreibt, in welchen die Differenzen zwischen ihnen bereits *a priori* eingezogen sind.

Manche dieser sprachlichen Eintöpfe, in die SPÖ und ÖVP hineingeworfen werden, klingen für sich genommen einigermaßen neutral. Das gilt für alle Hinweise auf »diese Regierung« und »die Koalition« und zum Teil auch für jene Bezeichnungen, die sich gleichsam auf die askriptiven Merkmale der Regierungsparteien stützen, auf ihre Größe (»die großen Parteien«, »die Großparteien«, »die Großkoalitionäre«) und auf ihr Alter (»die alten Parteien«, »die Altparteien«). Die meisten der begrifflichen Handschellen jedoch, die SPÖ und ÖVP angelegt werden, sind deutlich polemisch. Dabei dienen die traditionellen Parteifarben der Sozialdemokratie (Rot) und der Volkspartei (Schwarz) dazu, bequeme symbolische Verbindungsbrücken zwischen Metaphern und Realitäten zu stiften. Alles Unglück dieser Republik trägt ein »rot-schwarzes« Antlitz, die Täter sind zweifärbig tätowiert, die »Blutegel«, die »Skandalbrüder«, die »Sparstrumpfplünderer«, die »Multifunktionäre«, die »Feudalherren«, et cetera.

Diese Politik der Benennung und Adjektivierung erinnert an Herbert Marcuses Analysen einer »autoritären«, »geschlossenen«, »eindimensionalen« Sprache, einer Sprache der »starken Bilder« und »hypnotischen Formeln«, in der *Benennung, Beschreibung und Bewertung* unmittelbar, ohne reflexiven Abstand ineinander fallen (vgl. Marcuse, 1982: 104-123). Es ist die Sprache der Werbung, der Imagebildung, der Verfestigung von Assoziationsketten durch Bilder und deren Wiederholung (auch wenn in Österreich Negativkampagnen, wie sie Haider führt, im Bereich der Produktwerbung untersagt sind).

1.3 Die Unterwerfung der ÖVP

Haider steigt gegen das politische Establishment in den Ring. Alle Politiker sind gleich. Aber: manche sind eben doch gleicher. Zunächst steht Haider nicht irgendwo im symbolischen Raum der Politik, sondern rechts, sogar extrem rechts, wie die meisten akademischen Beobachter feststellen (etwa Ignazi, 1992). Der FPÖ-Obmann erklärt zwar gern, links versus rechts, das seien hinfällige Unterscheidungen. Aber immer wieder definiert er eine »nichtsozialistische« Regierung als sein Hauptziel, als den utopischen Horizont seines Wirkens. Sein klarer Hauptgegner ist deshalb die Sozialdemokratie, nicht die »bürgerliche« Volkspartei.¹²

Gleichzeitig muß man Haider unterstellen, er sei ein realistischer Machtpolitiker, der weiß, alleine erreicht die FPÖ keine absolute Mehrheit im Nationalrat. Wenn er Bundeskanzler werden will oder auch nur Vizekanzler, muß er mit der ÖVP zusammengehen. Es liegt deshalb in seinem Interesse, einerseits die Volkspartei zu demontieren, sie anzugreifen und zu schwächen, ohne aber, andererseits, zukünftige Koalitionen mit ihr auszuschließen. Wie bringt man diese widersprüchlichen Anforderungen unter einen Hut?

Die strategische Antwort Jörg Haiders ist die Geschichte eines Identitätswandels, eines Identitätsverlustes. Eigentlich, so lautet die Botschaft, eigentlich stehen sich die beiden »bürgerlichen« Parteien FPÖ und ÖVP programmatisch sehr nahe. Das Problem ist nur, daß sich die Volkspartei von ihren Prinzipien abgewendet hat, daß sie ihre programmatischen Wurzeln in der Koalition mit den Sozialdemokraten abgeschnitten hat. Diese Selbstaufgabe und Selbstverleugnung der ÖVP, diesen Irrweg, der an Verrat grenzt, charakterisiert Haider abwechselungsweise als einen freiwilligen Akt der *Selbstunterwerfung* oder als einen unfreiwilligen Akt der *Fremdunterwerfung*.

Wo Haider suggerieren will, die ÖVP habe sich ganz ungezwungen, aus Neigung oder aus Schwäche, an ihren Koalitionspartner assimiliert, beschreibt er ihre Beziehung zur SPÖ mit Metaphern der Intimität (»Liebestaumel«, »Umarmung«), der Religion (»Kniefall«,

»Seelenverkauf«, »Absolution«) oder auch des Sports (»Purzelbaum«, »Pirouette«, »Umfaller«, »Steigbügelhalter«).

Dort hingegen, wo die präsumtive Auswanderung der ÖVP aus dem bürgerlichen Lager als zwangsgestützte Deportation verstanden werden soll, als Ergebnis asymmetrischer Machtverhältnisse innerhalb der Koalition, greift Haider entweder auf das Vokabular unbekleideter Herrschaft zurück (»Unterwerfung«, »Kapitulation«, »Geiselhaft«), oder er bringt Bilder, in denen die ÖVP in untergeordneten Funktionen erscheint, in Lehrverhältnissen (»Schüler«, »Lehrlinge«) oder in abhängigen Arbeitsverhältnissen (»Gastarbeiter«, »Buchhalter«, »Erfüllungsgehilfen«, »Galeerensträflinge«). In diesen Karikaturen repräsentiert die Volkspartei nicht mehr als »Wachs in den Händen« der Sozialdemokraten, »ein willenloses Werkzeug«, »ewige Ja-Sager«, ein funktionsloser »Blinddarm« einer insgesamt »sozialistischen Koalitionsregierung«.

Zusammenfassend: Solange ÖVP und SPÖ zusammen die Regierung stellen, erhebt die FPÖ einen Alleinvertretungsanspruch der politischen Rechten (inklusive der Mitte). Die Volkspartei gilt ihr, salopp gesprochen, als Renegatenpartie, die ihre Heimkehr ins Reich bürgerlicher Werte nur glaubhaft machen kann, wenn sie mit der Sozialdemokratie bricht, um sich mit der FPÖ zu alliieren. Eine durchaus humorvolle »Operationalisierung« bürgerlicher Respektabilität.

1.4 Die Einparteienherrschaft

Der Wettbewerb zwischen den real existierenden Parteien ist nicht real, sondern nur fiktiv. Die Konkurrenten sind identisch, ihre Unterschiede irrelevant. Allenfalls unterscheiden sie sich ästhetisch (»der fescbe Franz« versus »der fade Alois«). Die politischen Wahlen bieten keine echte Auswahl an, sondern bloß die Entscheidung zwischen qualitativ gleichen Produkten, die unter unterschiedlichen Markennamen laufen. *Elections without choices*.

Derart pessimistische Diagnosen kennen wir allerdings nicht nur aus populistischen, sondern auch aus akademischen Kreisen. Spätestens seitdem in den späten 50er und frühen 60er Jahren Anthony Downs (1957) und Otto Kirchheimer (1966) feststellten, daß die Klassenparteien, dazu gezwungen, um die politische Mitte zu konkurrieren, sich zu breiten *catch-all* Parteien wandeln und einander programmatisch annähern, spätestens seit diesen modelltheoretischen und empirischen Diagnosen geht die Besorgnis um, diese »Volksparteien« hätten ihre Fähigkeit verloren, substantiell unterschiedliche Produkte auf den politischen Markt zu werfen. Programmatisch kaum mehr eigenständig profiliert, beschränkten sie sich zunehmend darauf, bloß symbolische Politik zu betreiben, etc.

Dazu ist anzumerken, erstens, daß die These von der programmatischen Unterschiedslosigkeit der politischen Parteien empirisch nicht hält (vgl. etwa Klingemann/Hofferbert/Budge, 1994). Zweitens macht es einen Unterschied »ums Ganze« (wie Adorno formuliert hätte), ob man meint, die Parteienkonkurrenz sei etwas schal geworden, oder ob man behauptet, wie Haider dies tut, die Konkurrenz sei durch Marktabsprachen und Kartellbildung in einer »Einparteienherrschaft« aufgehoben. Es ist durchaus mehr als ein feiner Unterschied, ob man die Qualität und Funktionsfähigkeit des demokratischen Wettbewerbs kritisiert, oder ob man erklärt, dieser Wettbewerb und mit ihm die Demokratie seien beseitigt.

2. Die politische Klasse

2.1 Zum Begriff der politischen Klasse

Im deutschsprachigen Raum (aber nicht nur dort) ist der Begriff der politischen Klasse in den letzten Jahren in Mode gekommen. Mehr noch, er ist in das Alltagsvokabular von Journalismus und Sozialwissenschaft eingewandert (vor allem in Deutschland). In der öffentli-

chen Diskussion ist dieser Begriff eindeutig negativ besetzt, während in wissenschaftlichen Zusammenhängen vorgeschlagen wird, ihn als *terminus technicus* zu verwenden, als wertfrei-neutrale Bezeichnung für jenen Personenkreis, den Max Weber ebenso nüchtern wie umständlich »Berufspolitikerschicht« nannte (vgl. etwa von Beyme, 1992). Wir halten diesen Versuch, die Wissenschaftssprache von der Alltagssprache abzukoppeln, für irreführend. Denn erstens kann auch der wissenschaftliche Jargon die evaluative Alltagskonnotation nicht ganz abstreifen. Ihr kritisch-polemischer Unterton bleibt der Rede von der »politischen Klasse« auch dann erhalten, wenn sie sich sachlich distanziert gibt. Und zweitens geht etwas verloren, wenn man einen negativ wertenden Begriff als neutralen reinterpretiert, wenn man einen normativ aufgeladenen Begriff rein deskriptiv liest. Verloren geht die Moral der Geschichte.

Rekonstruiert man den Sinn der alltagssprachlichen Rede von »politischer Klasse«, so stößt man, abstrakt gesprochen, auf zwei dominante Motive, zwei zentrale Vorwürfe: Erstens, die Politiker sind eigennützig. Zweitens, sie sind irrational. Der Vorwurf des »Eigennutzes« moniert, die politischen Entscheidungsträger seien egozentrisch ausschließlich daran interessiert, sich zu bereichern und die eigene Macht zu erhalten. Und der Vorwurf der »Irrationalität« reklamiert, diese Eigennutzenorientierung der Akteure sei zwar vielleicht individuell rational, kollektiv aber ganz und gar irrational – unmoralisch, ineffizient, dysfunktional, undemokratisch. Kurz: eine »politische Klasse«, die diesen Namen verdient, funktioniert unter dem Primat der (individuellen und kollektiven) Selbstreproduktion, und sie verletzt dabei die Werte und Interessen der StaatsbürgerInnen.¹³

Jörg Haider hat lange darauf verzichtet, den Begriff der politischen Klasse zu verwenden, vielleicht aus dem Wissen (und dem Wissen um das Wissen anderer), daß er selbst Vollmitglied ist in dieser sozialen Gruppe. In seinem Buch führt er sodann die Formel von der »herrschenden Klasse« ebenso ein (Haider, 1994: 164, 174) wie jene von der »politischen Klasse«, der »herrschenden« und »ehrenwerten« (ebenda: 54, 124f., 127, 138, 178, 183, 200). Dieser Sprachgebrauch ist für die folgende Analysen allerdings nicht entscheidend. Denn Herr Haider konstruiert seine Gegner als eine politische Klasse nicht (nur), indem er sie so nennt, sondern vor allem, indem er sie im oben skizzierten Sinn charakterisiert: als rundum irrationale Handlungsträger, die nicht dem Wohl der BürgerInnen, sondern vor allem schrankenloser Selbstbereicherung verpflichtet sind. Die folgende Analyse der Handlungsrationaltäten bzw. Handlungsirrationalitäten, wie sie Jörg Haider den österreichischen Politikern und Beamten zuschreibt, wird sich in ihrer Systematik an Jürgen Habermas' Dreiteilung von kognitiv-instrumenteller, normativer und expressiver Rationalität orientieren (vgl. Habermas, 1982). Dabei sollen gelegentlich auch die impliziten Selbstbeschreibungen, die bei diesen »antipolitischen« Irrationalitätsunterstellungen mitlaufen, am Rande thematisiert werden.

Nur zur Erinnerung: die drei Rationalitätsaspekte, die Jürgen Habermas (1982) auffächert, unterscheiden sich im Kern durch ihre »Weltbezüge« und durch die »Geltungsansprüche«, die sie erheben. Kognitiv-instrumentelle Rationalität bezieht sich auf die »objektive Welt«; ihre Meßlatte sind der Wahrheitsgehalt von Aussagen beziehungsweise der Erfolg zielgerichteten Tuns. Normative Rationalität bezieht sich auf die »soziale Welt« und bemißt sich an normativer Richtigkeit. Und expressive Rationalität schließlich bezieht sich auf die »subjektive Welt«, auf die Innenwelt von Individuen. Sie bewährt sich an der Wahrhaftigkeit, der Aufrichtigkeit von Äußerungen (vgl. ebenda).

2.2 Kognitiv-instrumentelle Irrationalität

Vor der detailgenauen Auswertung des »Schimpfwörterbuchs« war unsere Auffassung, Jörg Haider trage seine Kritik am politischen Establishment im wesentlichen als moralische Kritik

vor. Das trifft nicht zu. Die Feststellung, das politische und administrative Personal sei inkompetent, also der Vorwurf *kognitiv-instrumenteller* Irrationalität nimmt einen zentralen Platz ein in der »antipolitischen« Rhetorik des FP-Bundesparteiochmanns.

2.2.1 Senso debole versus senso comune

Zunächst sind die öffentlichen Äußerungen des F-Chefs dicht bevölkert von großzügigen Zuschreibungen generalisierter Inkompetenz. Die Adjektive »unfähig« und »inkompetent« sind dabei echte Evergreens. Haider's Schlagwortschatz erschöpft sich darin aber nicht. Sein Standardrepertoire spannt sich von der Aberkennung minimaler Vernunftbegabung (»nicht zurechnungsfähig«) über die Suggestion von Intelligenz- und Wissensdefiziten (»dumm«, »dömmlich«, »überfordert«, »drittklassig«, »dilettantisch«, »kabarettreiß«, »konkursreif«, »ahnungslos«, »ratlos«, »hilflos«) und die Feststellung von Wahrnehmungsmängeln (»kurzsichtig«, »taub und blind«, »realitätsfern«, »wirklichkeitsfremd«) bis hin zur schlichten Verwendung von Schimpfwörtern, die im Alltag nur in Beziehungen höchster Vertrautheit oder höchster Verachtung ausgesprochen werden (»Flaschen«, »Dilettanten«, »Schwachköpfe«, »Blindgänger«, »Rindvieh«, »Sanierungsfall«, »Sumperer«, »Pfuscher«, »Hendlbrater«, »Schulabbrecher«). Die Regierung ist »ein Narrenschiff«, »ein Katzenjammer«, »ein Staatszirkus«, dessen Aufführungspraxis sich auf die Kunstgattungen der »Schmierenkomödie« und des »Watschentanzes« beschränkt.

Die Selbstbeschreibungen, die diese Rhetorik implizit enthält, sind durchsichtig. Gegen die unfähigen, unwissenden, dilettantischen, kurzsichtigen, realitätsfernen, schwachsinnigen und komödiantischen Politiker steht der kompetente, informierte, professionelle, weit-sichtige, wirklichkeitsnahe, intelligente und seriöse Sprecher.

Dieses Vokabular der Inkompetenz zielt nicht auf sachliche Kritik, sondern auf Lächerlichkeit. Der Ausstieg aus der vorsichtigen, rücksichtsvollen Sprache der Politik, die systematische Verletzung von Höflichkeitsregeln, dieses anti-ritualistische Ritual ist bekanntermaßen Teil der Selbstinszenierung Jörg Haider's als Volksheld der österreichischen Politik. Bemerkenswert ist an dieser Stelle, daß seine malerischen Inkompetenzbehauptungen nicht als »technokratisch« zu verstehen sind.

Haider beschreibt seine Gegner nicht als unzuverlässige Experten, sondern als Ignoranten. Er hält ihnen nicht ungenügendes Fachwissen vor, sondern »Schwachsinn« (*senso debole*), und es ist nicht Sachverstand, was er dagegen einfordert, sondern Hausverstand (*senso comune*). Die Standards kognitiver Rationalität brauchen nicht durch Expertise ersetzt zu werden. Die Durchschnittsintelligenz des Durchschnittsverdieners genügt. Technokratisch ist diese klassisch populistische Rhetorik allenfalls, insofern sie auf den instrumentellen Zugriff auf Probleme vertraut, insofern sie sich Politik als Problemlösung, nicht als Konfliktmanagement vorstellt.

2.2.2 Arbeitsmoral

Die Arbeitsmotivation von Politikern und Beamten ist nach Jörg Haider generell defizitär. Beide Berufsgruppen übertreiben das Ökonomieprinzip, das Sparsamkeitsgebot im Einsatz ihrer Arbeitskraft. Sie arbeiten zu wenig, sind »bequem« und »faul«, und sie arbeiten schlecht, leisten bloß »halbe Arbeit«, sind »schlampig«, »gedankenlos«, »fahrlässig«, »desinteressiert«, »leichtfertig«, »pflichtvergessen«.

2.2.3 Unklare Präferenzen

Zur Kernfamilie kognitiv-instrumenteller Kritik zählt auch die Botschaft, die Regierungsparteien wüßten nicht, was sie wollen. Haider attestiert ihnen fehlende Präferenzen (»planlos«, »ziellos«, »konzeptlos«, »inhaltsleer«), unklare Präferenzen (»nebulös«, »unübersicht-

lich«, »wirr«, »verwirrt«, »Wirrwar«, »Wisch-Waschi«, »Chaos«, »Chaotenverein«, »Hühnerstall«, instabile Präferenzen (»Unvorhersehbarkeit«, »Meinungsslalom«, »Zick-Zack-Kurs«, »keine Linie«) und inkonsistente Präferenzen (»Widersprüche«). Auch hier schimmert die implizite Selbstbeschreibung überdeutlich durch. Der Sprecher, der Ziellosigkeit kritisiert, präsentiert sich selber als zielorientiert – ohne seine Ziele je tatsächlich angeben zu müssen.

2.2.4 Nicht-Entscheidungen

Die »non-preferences« finden eine Fortsetzung im Topos der »non-decisions«. Immer wieder artikuliert Jörg Haider die Sicht, die Meinungsforscher für volkstümlich halten: die Politik streite zu viel. So beklagt der streitbare Parteiobmann etwa »monatelange Streitigkeiten«, »geschwätziges Untätigkeit« oder »kleinkariertes Gezänke«. Die Unterstellung ist, es gebe vernünftige Lösungen, die bereits gefunden sind oder die überhaupt außerhalb politischer Verhandlungen liegen und gleichsam bloß enthüllt werden müssen; der sogenannte Parteienstreit sei deshalb nur künstlich, bloßer Schaukampf ohne reale Grundlage. Der »Diskutanteristadl« als Folklore der liberalen Demokratie.

Die Vorstellung, politische Konflikte seien überflüssig, und die damit einhergehende Abwertung politischer Diskussion liefern ein reiches Bildmaterial für die Kritik Haiders, seine politischen Gegner litten an »Entscheidungsschwäche«. Zusätzlich baut diese Kritik vor allem auf vier Metaphern auf: (a) auf dem Nichts (»Nichtstun«, »Entscheidungslosigkeit«, »Bewegungslosigkeit«, »Unentschlossenheit«, »Untätigkeit«, »nichts geht mehr weiter«), (b) dem Schlaf (»Dauerschlaf«, »Traummännchen«, »Siebenschläfer«), (c) der Schwäche (»kraftlos«, »entscheidungsschwach«, »keine Entscheidungssstärke«, »lahme Ente«, »Schwächling der Nation«, »Handlungsunfähigkeit«), und (d) der Feigheit (»feig«, »charakterlos«, »fehlender Mut«).

Was sind das für Tugenden, die sich der (aktive, wache, starke und mutige) Sprecher da selber zutraut? Es sind die Sekundärtugenden des prädemokratischen Herrschers, oder vielleicht genauer: die prämodernen Männertugenden des Kampfes, gegen die Natur und gegen andere. Oder auch: es sind die Tugenden des modernen Action-Kinos. Imperativ des Überlebens: Handeln, ohne lange zu reden. Der Antipolitiker als *last action hero*.

2.2.5 Improvisation

Genau konträr zum Vorwurf der Nicht-Entscheidung liegt jener der vorschnellen, improvisierten, überstürzten Entscheidung. Der unentschlossene Politiker verschenkt knappe Zeit und vergibt seltene Chancen. Der voreilige Politiker dagegen entscheidet zu schnell und zu früh. Beide haben Probleme des Zeitmanagements. Sie laborieren am Umgang mit der Knappheit von Zeit und an der Kunst des richtigen Augenblicks. Jörg Haider nützt aus, daß die Alltagssprache ein reichhaltiges Vokabular bereitstellt, um erfolglose Improvisationen zu beschreiben: »überhastet«, »überstürzt«, »Husch-Pfusch-Politik«, »Nacht-und-Nebel-Aktion«, »Notlösung«, »Kurzschlußhandlung«.

Die beiden zuletzt skizzierten Stereotypen – es wird zu wenig und zu langsam entschieden, versus, es wird zu schnell entschieden – ergänzen sich elegant. Da sich diese beiden Widersprüche widersprechen, ist ihr Anwendungsbereich nahezu universal. Ihrer opportunistischen Handhabung sind kaum empirische Grenzen gesetzt. Etwas trifft immer zu. Rasche Entscheidungen werden als unvorbereitet und undurchdacht disqualifiziert, Diskussions- und Lernprozesse verfallen dem Verdikt der Willensschwäche. Die Politik im Netz von *double binds*.

2.2.6 Fehlentscheidungen

Neben den widersprüchlichen Neigungen zur Unentschlossenheit und zur Schnellentschlossenheit schreibt Jörg Haider der Bundesregierung auch die Tendenz zu, systematisch (was heißt, beinahe ausnahmslos) Fehlentscheidungen zu produzieren. In seiner Kritik an der »haltlosen«, »falschen«, »verfehlten«, »unvernünftigen«, »unsinnigen« Regierungspolitik, an diesen gubernamentalen »Frechheiten« und »Faschingsscherzen«, bedient sich Jörg Haider mit besonderer Vorliebe der Metaphern aus dem Transportwesen, oder vielleicht genauer, aus dem Erfahrungshorizont des Fußgängers (»keine vernünftigen Reformschritte«, »der falsche Weg«, »Irrweg«, »Sackgasse«). Die Botschaft ist einfach: entweder der Weg ist falsch oder der Schritt. Diese einfache Richtig/Falsch-Dichotomie ist natürlich plausibel in der anschaulichen Welt der Durchquerung von Raum, der Start/Ziel-Bewegung, des Spazierganges von hier nach dort. Auch wissen wir, daß Fehltritte auf korrekten, wenn auch unwegsamem Pfaden uns zum Stolpern bringen, nasse Füße bescheren oder tödliche Unfälle provozieren können. Das Anspruchsniveau politischer Entscheidungen, die u.a. mit Zielkonflikten, Umwegen, Ungewißheiten und Nebenfolgen belastet sind, wird so auf Geheutechnik und die Entscheidung zwischen zwei Wegrouten reduziert. Im Grunde ist das, so ließe sich ironisch auf Niklas Luhmann anspielen, eine systemtheoretische Spielart von Politik: Komplexitätsreduktion als Grundnorm.

2.2.7 Politikversagen

Die Großfamilie der Ergebniskritik Jörg Haiders läßt sich in drei Kernfamilien unterteilen.

(a) *Die ungelösten Probleme.* Allenthalben spricht der FPÖ-Chef davon, die Regierung stehe vor »einer langen Liste ungelöster Probleme«, sie habe »die Probleme nicht lösen können« oder »nicht wirklich lösen können«, zeige »mangelnde Problemlösungsfähigkeit« oder gar »Unfähigkeit zur Problemlösung«. Diese Formel von den (immer im Plural auftretenden) ungelösten Problemen ist in mehrerer Hinsicht bemerkenswert. Erstens kehrt die exklusive Rede von Problemen unter den Tisch, daß Politik nur selten vor rein technischen Problemen steht. Allermeistens hat sie mit *Konflikten* zu tun, also mit kollidierenden Interessen, die abgewägt und fast immer auch teilweise verletzt werden müssen. Zweitens geht die rituelle Berufung auf Lösungen davon aus, daß solche tatsächlich existieren. Sehr oft vermag die Politik aber ihre Probleme nicht zu *lösen*, sondern muß sich damit zufrieden geben, sie bloß zu verkleinern, zu bearbeiten, zu verwalten. Drittens, die abstrakte Beschwörung der »wahren« und »ungelösten« »Probleme dieses Landes« leistet eine doppelte Simulation. Die *konkreten* Probleme und Lösungen, an die der Sprecher denkt, bleiben ungenannt. Trotzdem entsteht der Eindruck, er wisse schon, wovon er rede. Er kreiert den Schein einer diagnostischen und therapeutischen Kompetenz, die er nie belegen muß.

(b) *Das Vokabular des Versagens.* Eine weitere rhetorische Technik Jörg Haiders, seine Kritik an der Performanz der »Versagerregierung« vorzutragen, besteht schlicht darin, diese Politik mit Etiketten des Mißerfolgs zu belegen: »Katastrophe«, »Fiasko«, »Schaden«, »Scheitern«, »Debakel«, »Desaster«, »Flop«, »Pleite«, »Chaos«, »Fehlleistung«, »Fehl kalkulation«, »Scheinerfolg«, »Vernichtung«, »Zusammenbruch«, »Versagen«. Oder in Schul- und Bilderbuchvarianten: »nicht gemachte Hausaufgaben«, »negatives Semesterzeugnis«, »Schildbürgerstreich«.

(c) *Ineffizienz und Verschwendung.* In etwas niedrigerer Abstraktionshöhe liegen die Themen der Ineffizienz und Verschwendung. Beides verstößt gegen die bürgerliche Tugend der

Sparsamkeit und gegen die republikanische Tugend eines sorgsamsten Umgangs mit öffentlichen Ressourcen. Der Unterschied liegt darin, daß »Verschwendung« höhere Schadenssummen suggeriert und personalistischer gedacht ist: Systeme sind ineffizient, verschwenden tun nur Personen. Den Vorwurf der Ineffizienz formuliert Haider im wesentlichen als Kritik am »Dschungel« einer »aufgeblasenen«, »aufgeblähten« »Bürokratie«. Den Vorwurf der Verschwendung kleidet er in eine »Rhetorik der großen Zahl«, die große Summen nennt (»Millionenverschwendung« und »Milliardenverschwendung«) und große Projekte (»Monsterprojekte«, »Großbauprojekte«, »Tintenburgen«, »Glaspaläste«). Aber auch die direkte Rede davon, daß die regierenden »Verschwendungspolitiker« nicht nur in ungerechtfertigtem »Luxus« leben, sondern »gute Steuerschillinge« einfach »verpulvern«, »verschwenden« und »verschleudern«, erfreut sich großer Beliebtheit im Diskurs des asketischen Ferrarilenkers.

2.3 Normative Irrationalität

2.3.1 Unmoral

(a) *Die unmoralische Politik.* Wie fast überall ist Jörg Haider auch in den Werkhallen der Moral ein Meister des *labeling*, ein unumstrittener Fachmann in der wählermarktorientierten Fließbandproduktion von ehrenrührigen Etiketten. Ohne sich in langatmigen Begründungen zu verlieren, *nennt* er Personen oder Entscheidungen einfach »unmoralisch«, »unsittlich«, »moralisch fragwürdig«, »moralisch untragbar«, »verantwortungslos«, »schuldhaft«, »böse«, »mies«, »liederlich«.

(b) *Die amoralische Politik.* In vielen Fällen hat der Gegner dabei nicht die falschen Prinzipien, er hat gar keine. Er agiert »opportunistisch«, »skrupellos«, »grundsatzlos«, »gesinnungslos«, »gewissenlos«, »charakterlos«. Er richtet sein »Fähnlein nach dem Wind«, hat weder »Rückgrat« noch »Stehvermögen«, betreibt hauptberuflich »Verrat«.

(c) *Die kriminelle Politik.* Jörg Haider unterstellt immer wieder, mehr oder minder pauschal und zumeist ohne Nennung der konkreten Tatbestände, die Politik verletze bestehende Rechtsnormen. Die politischen »Drahtzieher«, »Gauner« und »Mitwisser« üben sich in ebenso »kriminellen« wie »dunklen« »Machenschaften«. Ihre wiederholten »Rechtsverletzungen« begründen offenbar die Hypothese des F-Politikers, zwischen »Politik, Korruption und Gaunerei« bestehe eine »zwangsweise Verbindung«.

(d) *Die ungerechte Politik.* Als Staranwalt des kleinen Mannes denunziert Haider in grellen Farben die Verteilungswirkungen der Regierungspolitik. Er spricht von einer »absolut unsozialen« Politik, von »Unrechtsgesinnung« und »himmelschreiender Ungerechtigkeit«. Er gewährt Einblick in den Gefühlshaushalt der Entscheidungsträger, die »ohne soziales Empfinden«, »ohne soziale Sensibilität« und »ohne einen Funken Gerechtigkeitsgefühl« vorgehen. Und er beschreibt die Folgen ihrer Politik: »Verelendung«, »Arbeitsplatzvernichtung«, »Arbeitslosigkeit«, »Bauernvernichtung«, »Sozialdemontage«, »sozialer Niedergang«. Das Bild, das er zeichnet, scheint das Portrait eines Entwicklungslandes zu sein, das einer ruinösen Abfolge von erfolglosen wirtschaftlichen Schockprogrammen unterzogen wird.¹⁴

(e) *Die egozentrische Politik.* Die Anklage, politische Parteien stellten ihre Eigeninteressen über das Gemeinwohl, ist ein uralter Topos der Parteienkritik. Haider schließt sich dieser Tradition an, wenn er »Gruppenegoismen« beklagt, die ihre »Parteiinteressen« über »die Steuerzahlerinteressen« und über »das Staatsganze« stellen.

(f) *Die unsaubere Politik.* Nachdem Jörg Haider seiner Partei die anale Obsession der »Sauberekeit« auf die programmatischen Fahnen geschrieben hat (man verzeihe mir die psychoanalytische Beschlagwortung), verwundert kaum, daß er regelmäßig feststellt, seine Gegner entsprächen nicht seinen hygienischen Standards. »Unsauber«, »schmutzig« und »unlauter« ist ihr Denken und Tun, und manche von ihnen befinden sich überhaupt schon im unappetitlichen Stadium biologischer Zersetzung. »Verrottet« stecken sie im »Koalitionsmorast«.

(g) *Die verächtliche Politik.* Ein auffallender, irritierender moralischer Lieblingsbegriff Jörg Haiders ist das Adjektiv »menschenverachtend« (das er gelegentlich durch »umweltverachtend« ergänzt). Was soll das heißen? Nimmt man den Begriff ernst, verweist er auf eine grundlegende Verletzung der Basisnormen menschlichen Zusammenlebens, der intersubjektiven Anerkennung, der subjektiven Integrität. In politischen Regimen, die wir »menschenverachtend« nennen, geht die Verachtung von Menschen Hand in Hand mit der Mißachtung von Menschenrechten. Mit seinem unkontrollierten Gebrauch dieser Vokabel verstößt Herr Haider, ein Mal mehr, systematisch gegen das Prinzip sprachlicher Verhältnismäßigkeit.

Die Moral der Geschichte: Die Mitglieder der politischen Klasse sind nackte, aller normativer Regulative entkleidete Wesen, während der herzensreine »Antipolitiker« eingebunkert auf den Gipfelhöhen der Moral thront.

2.3.2 Selbstbereicherung

(a) *Privilegien, Pfründe, Proporz: der patrimoniale Staat.* Die drei Ps, Privilegien, Pfründe und Proporz, sind immer wiederkehrende Motive in Jörg Haiders »antipolitischem« Diskurs. Sie treten häufig allein auf, oft aber auch als Komposita, die auf Verallgemeinerung zielen: »Privilegienwirtschaft«, »Privilegiensumpf«, »Privilegienparadies«, »Millionenpfründe«, »Politikerprivilegien«, »Privilegienritter«. Sodann: der »Totalproporz« und seine alltagssprachlichen Synonyme: »Parteibuchwirtschaft«, »Freunderlwirtschaft«, »Vetternwirtschaft«, »Postenschacher«.

Pfründe, also mit Vermögen und Nutzungsrechten ausgestattete Ämter, sind vormoderne Erscheinungen, in denen die moderne »Enteignung« der Amtsträger von den »sachlichen Betriebsmitteln« (Max Weber) noch nicht vollzogen ist. Ebenso haben Privilegien, die Sonderrechte bestimmter Berufsgruppen, ihren Ursprung in vordemokratischen Verhältnissen. Gemeinsam ist beiden Institutionen, daß sie den Zugang zu knappen Ressourcen nicht marktförmig regeln, sondern politisch. Die Kritik an ihnen gilt deshalb nicht dem Umstand, daß sie soziale Ungleichheiten erzeugen. Das tut der Markt auch. Die Kritik gilt der politischen Form der Ressourcenallokation, die nicht mit jenen Unterstellungen (der Freiwilligkeit und des Äquivalententauschs) rechnen kann, die geldvermittelte Transaktionen legitimieren. Politisch-administrative Zuteilungen von Einkommen und Entschädigungen sind inhärent kontrovers, weil sie die gegenteilige Vermutung erzeugen, sie träfen ihre Setzungen herrschaftlich und ohne angemessene Gegenleistung.¹⁵

Für die moderne, postfaschistische Innovation des österreichischen »Parteienproporzes«, also für die paritätische Besetzung öffentlicher Stellen mit Vertretern der beiden (ehemals) großen Parteien, gilt dasselbe. Sie verletzt die Effizienzkriterien und Gerechtigkeitsmaßstäbe des Marktes. In den ersten Nachkriegsjahrzehnten erschien diese parteipolitische Quotenregelung wohl noch als ebenso legitim wie sozial inklusiv. Heute wird die Tradition »großkoalitionäre Ausgewogenheit« jedoch zunehmend als anachronistisch, als illegitim und exklusiv wahrgenommen. Je mehr sich diese kritische Sicht verstärkt, desto plausibler wird ein »antipolitischer« Diskurs, in dem sich die »drei Ps«, die präsumtiven Pfründe,

Privilegien und Proportionen, zu einem geschlossenen Negativbild verdichten: dem des reprivatisierten, refeudalisierten, patrimonialen Staates.

(b) *Vollbeschäftigung durch Selbstbereicherung.* Folgt man Jörg Haider, so bestreiten die Mitglieder der politischen Klasse ihren Lebensunterhalt damit, daß sie »sich maßlos bereichern«. Die Aktivität der Selbstbereicherung gestaltet sich für sie zum veritablen *full-time job*. »Vor lauter Geldzählen«, so Haider, kommen sie gar »nicht mehr zum Arbeiten«. Sie sind Spezialisten in den Sparten »Steuerhinterziehung« und »Millionenabfertigung«, und den Taschenspielertrick, der unter dem Arbeitstitel »Griff in die Staatskasse« läuft, beherrschen sie im Schlaf. Gleichzeitig sind die Tätigkeitsbereiche dieser Leute hoch diversifiziert. Sie haben etwa alle Hände damit zu tun, »ihre Schäfchen ins Trockene zu holen«, »sich den größten Teil des Kuchens unter den Nagel zu reißen«, »sich selbst zu sanieren«, »sich mit Millionen zu bedienen«, »nicht ganz durchsichtige Zahlungen« zu leisten sowie »Millionendeals« und »mysteriöse Geschäfte« abzuwickeln.¹⁶

In seinen Portraits einer plutomanischen politisch-administrativen Klasse ist der *young urban politician* Haider um drastische Bilder nicht verlegen. So projiziert sein Klischee von den »sizilianischen Verhältnissen« Bilder der Gewalt auf die Kinoleinwand der österreichischen Politik, Bilder von Angst, Autobomben, Mord, Erpressung, organisierter Kriminalität. Von ähnlich bestechender analytischer Schärfe ist die Metapher des »Saustalls«, dessen Hauptfunktion wohl darin liegt, dem Sprecher die Rolle des mistgabelbewehrten Sauhirten zuzuweisen.¹⁷ Ironisch ist schließlich das kritisch gemeinte Bild vom Staat als »Selbstbedienungsladen«. Was ist einzuwenden gegen *self service* Geschäfte, solange man korrekt zahlt an der Kassa? Sollen Beamte und Politiker im Feinkostladen bedient werden, statt im Supermarkt ihre Einkaufswagen selber vollzuräumen?

All die Mühe des staatlichen und parastaatlichen Personals ist natürlich nicht umsonst. Sie macht sich bezahlt in »fürstlichen« (also mit republikanischen Standards unvereinbaren) Gehältern. Diese »horrenden« Einkommen kritisiert der FPÖ-Obmann routiniert, wiederum, in einer Rhetorik der großen Zahl, die auf buchhalterische Präzision gern verzichtet (»Millionenbezüge«, »Millionenverdienst«). Auch hier ist anzumerken: seine Kritik gilt nie privatwirtschaftlich angeeigneten Spitzeneinkommen wie etwa Managergehältern (außer in der verstaatlichten Industrie).

(c) *Funktionäre und andere Charaktermasken.* Die Akteure, gegen die sich Jörg Haiders Kritik der »Abstaubermentalität« richtet, sind in erster Linie »Funktionäre«. Sie treten vorzugsweise in Horden sowie in allen möglichen Zusammensetzungen auf, als »Multi-funktionäre«, »Berufsfunktionäre« (nicht hingegen als Hobbyfunktionäre) oder »Eisenbahnergewerkschaftsfunktionäre«.

Was aber sind Funktionäre? Auf den ersten Blick würde man meinen: Rollenträger in Verwaltungssystemen, »Funktionsträger«. »Charaktermasken« hätte Marx vielleicht gesagt. Fragile Rädchen in Machtwerkeln, denen sie blind zuarbeiten. Pflichterfüller, die wissen, daß »Vuaschrift Vuaschrift« ist. Abhängig Angestellte in Sandwichpositionen, in Radfahrerhaltungen, die sich nach oben aerodynamisch ducken, während sie nach unten kräftig durchtreten.

Aber es sind nicht in erster Linie diese machtkritischen Klischees, die Haiders Angriffe inspirieren, sondern das arbeitsweltliche Klischee vom Beamtenmikado: Wer sich zuerst rührt, hat verloren. Im Diskurs des FPÖ-Obmanns sind »Funktionäre« ganz einfach öffentlich Bedienstete, die von der Disziplin des Marktes unberührt ihre Zeit offenbar damit verschenken zu »kassieren«, statt zu arbeiten. Im Unterschied zum »kleinen Mann«, den Haider immer schon als selbstzweifelsfreien *workaholic* beschrieben hat. Hier wie anderswo gilt

der Kreuzzug des Kärntner Großgrundrentiers präsumtiv *arbeitslosen Einkommen*. Der Kreuzritter als Arbeitsinspektor und Rausschmeißer im »Funktionärsparadies«.

Im Schauspiel der politischen Selbstbereicherung läßt Haider neben den »Funktionären« noch andere Akteure auftreten. Da ist zunächst einmal der Bundeskanzler, der mit »schmähenden Nominalverbindungen« (Januschek) wie »Privilegienkanzler« oder »Millionenabfertigungsempfänger« belegt wird. Sodann sind in weiteren Haupt- und Nebenrollen zu bewundern: im Bereich Zahlungsverkehr tätige Arbeitnehmer (»die Kassierer«), Parteiangestellte (»die Bonzen«), Sportmannschaften (»alte Seilschaften«), Feindbilder aus dem konservativen Wachsfikurenkabinett (»das rote Gesindel«), unproduktive Konsumenten von Arbeitsplätzen (»Postenbezieher«), Empfänger von Entschädigungen bei der Auflösung von Arbeitsverträgen (»Abfertigungsmillionäre«, »Dreifachabgefertigte«) sowie Leute, die sich politisch-administrative Entscheidungen gegen materielle Entschädigungen abkaufen lassen (»Korruptionisten« und »Korruptionäre«).

Zwei Dinge sind bei all diesen Anklagen auffallend. Zunächst: im Vordergrund der Kritik steht Selbstbereicherung, nicht Korruption, also kein illegales, sondern ein legales (wenn auch illegitimes) Phänomen. Sodann: mit relativ wenigen Ausnahmen steht *nicht die gewählte Politik* im Zentrum der Kritik, sondern das nicht (oder nur auf dem Umweg über die Parteien) demokratisch legitimierte Personal staatlicher und parastaatlicher Einrichtungen. Das kontrastiert deutlich mit den Kritikmustern »antipolitischer« Akteure in anderen Ländern (vgl. etwa Italiens Umberto Bossi vor 1994). Indirekt liest sich das sogar als ein (uneingestandenes) Lob auf die Effektivität politischer Wahlen in Österreich.¹⁸

2.3.3 Autoritarismus

Im Grunde ihres Herzens, so weiß Haider dank seines privilegierten Einblicks in das Innenleben seiner politischen Gegner, leiden die Vertreter der Regierungsparteien an »undemokratischer Gesinnung« oder zumindest doch an »mangelhaftem Demokratieverständnis«. Gelegentlich mögen sie sich »als Superdemokraten aufspielen« und »Lippenbekenntnisse zu demokratischen Grundsätzen« abgeben. Als authentische »Undemokraten« verhalten sie sich aber immer wieder »respektlos gegenüber demokratischen Entscheidungen« und zeigen »keine Bereitschaft, den Volkswillen zur Kenntnis zu nehmen«.

Diese »Killer der österreichischen Demokratie«, diese »Fossile aus dem Steinzeitalter der Demokratie« richten ihre antidemokratischen Aktivitäten vor allem gegen drei zentrale Institutionen liberaler Demokratie: Rechtsstaat, Parlament und Öffentlichkeit. Gegenüber dem Rechtssystem bringen sie bevorzugt die Techniken des Staatsstreichs (»Putsch«), des gewaltförmigen Attentats (»Anschlag«), der untergründigen Aushöhlung (»Untergrabung«, »Unterminierung«) und des Fußtritts zur Anwendung. Das Gewaltopfer Parlament erfährt, sofern es nicht überhaupt »ausgeschaltet« wird, »Mißbrauch«, »Knebelung«, »Vergewaltigung«. Und die Öffentlichkeit wird »in undemokratischem Rambo-Stil« durch »Gemeindiplomatie«, »Maulkörbe«, »Denkverbote« und »Gesinnungsschnüffelei« autoritär eingegrenzt. Wahrlich, das sind »keine demokratischen Methoden«. Das ist nackte »Machtpolitik«, kaum verhüllte »Demokratieschändung«.

2.4 Expressive Irrationalität

Die Währung, in der »expressive Rationalität« eingelöst wird, heißt Aufrichtigkeit. Unter dem Titel der »expressiven Irrationalität« werden wir uns deshalb im folgenden in erster Linie dem Thema der Unaufrichtigkeit zuwenden, wie Jörg Haider sie seinen politischen Gegnern in unterschiedlichen Härtegraden vorwirft. Da Unaufrichtigkeit in der Politik (wie im Alltag) in der Regel moralisch abgelehnt wird, ist die Unterscheidung zwischen expressiver und normativer Rationalität hier natürlich in einem gewissen Sinn künstlich.

2.4.1 Stufen der Unaufrichtigkeit

(a) *Unwahrhaftigkeit.* Die unaufwendigste Technik, jemanden als unaufrichtig darzustellen, besteht schlicht darin, ihn so zu *bezeichnen*. Das ist auch die Standardtechnik des FPÖ-Obmanns. Er plakatiert einfach jene Redewendungen, in denen die Alltagssprache sich über unehrliche Interaktionspartner entrüstet. So porträtiert er seine politischen Gegner als »unglaubwürdig«, »doppelbödig«, »doppelzüngig«, »janusköpfig«, »heuchlerisch«, »scheinheilig«, »demagogisch«. Sie hängen einer »doppelten Moral« an, wirft er ihnen vor, sie betreiben »Heuchlertum«, »Bluff und Schmähe«, »Schönfärberei« und »roten Populismus«, sie produzieren »Lippenbekenntnisse«, »Reformgeschwätz«, »Seifenblasen«, »Theaterdonner«, führen »Scheinmanöver« durch, stellen »künstliche Entrüstung« zur Schau, inszenieren »ein beschämendes Theater«, führen »Scheinverhandlungen« und »Alibidiskussionen«, verfassen »Jubelberichte« und errichten hohle »Fassaden«.

Die Leitdifferenz, nach der dieser Diskurs funktioniert, ist die Differenz zwischen Schein und Wirklichkeit, zwischen Wort und Tat, zwischen Bühne und Hinterzimmer. Das entspricht einer zynisch-theatralischen Sicht von Politik, nach der sich die echte, authentische Politik immer hinter den Kulissen abspielt, ein schmutziges Machtspiel hinter verschlossenen Türen, während dem Publikum im Scheinwerferlicht der Bühne nur schöner Schein geboten wird, Scheingefechte, Scheinlösungen, Scheinheiligkeit.

Diese Verdoppelung der Politik in zwei Welten, Zungen und Gesichter, in zwei Moral-codices, bedarf keiner unmittelbaren Evidenzen, um plausibel zu klingen. Was man nicht beobachten kann, dafür braucht man eine Theorie. Oder einen glaubwürdigen Berichterstat-ter, dem man seinen Anspruch auf privilegierte Introspektion in die *black box* der Politik (einschließlich der Bewußtseinslagen politischer Entscheidungsträger) abnimmt.

Seine (exklusive) Glaubwürdigkeit bezieht der österreichische *advocatus populi* nicht zuletzt aus der rohen Alltagssprache, mit der er seine letztinstanzlichen Urteile vorträgt. Diese Sprache des Familienstreits, des Biertisches, des Klatsches, diese Sprache der moralischen Entrüstung im Nahbereich erzeugt *plausibility through familiarity*. Vorinformiertes Einverständnis. Die Hörer wissen immer schon, worum es geht.

Summa summarum: die dreifache Entwertung von Personen, Absichten und Worten. Zwischenfrage: Was folgt daraus? Worüber man nicht mehr glaubwürdig reden kann, darüber soll man schweigen?

(b) *Der Bruch von Versprechen.* Der Witz, oder nach Austin (1962), die »illokutionäre Bindekraft« von Versprechen liegt darin, daß man sie halten muß. Versprechen, vor allem Wahlversprechen, und das Vertrauen in ihre Einhaltung nehmen einen absolut zentralen Ort in repräsentativ-demokratischer Politik ein. Wer in der Politik systematisch Dinge verspricht, ohne sie zu erfüllen, untergräbt nicht nur sein eigenes Ansehen, sondern auch jenes der Demokratie (vgl. Schedler, 1994).

Wenn Jörg Haider der Regierung vorhält, sie breche ihre Versprechungen, hat dies den Überraschungswert einer Gebetszeile im Rosenkranz. Die Regelmäßigkeit dieses Vorwurfs erzeugt Gewöhnungseffekte. Im O-Ton hört sich das so an: Die Regierung begeht systematisch »Wortbruch«, »Vertragsbruch«, den »Bruch von Wahlversprechen«. Sie »schürt große Wählerhoffnungen«, nur um sie anschließend »unter einem Scherbenhaufen zu begraben«. Sie gibt »ebenso große wie leere Versprechungen« ab, die aber »nur Schall und Rauch« sind, die zerplatzen »wie eine Seifenblase«, da sie grundsätzlich »alle gebrochen« werden. Und so weiter.

(c) *Lüge.* Zu lügen gilt als moralisch verwerflicher, als bloß nicht die Wahrheit zu sagen. Der Unterschied liegt in der Bewußtseinslage, im subjektiven Wissen, das sich hinter der Lüge

versteckt. Auch dieser Topos der »Lüge« repräsentiert einen stark frequentierten Allgemeinplatz im Diskurs des FP-Politikers. Die Regierungsparteien verbreiten »unwahre« und »verleumderische« Aussagen, »falsche Informationen und halbe Wahrheiten«. »Unehrllich« und unverbesserlich, weil ohne »Wille zur Ehrlichkeit«, zimmern sie ein »Lügegebäude« um andere.

(d) *Betrug*. Vom bloßen Bruch eines Versprechens trennt der Betrug die Absicht, die Planung, der Vorsatz, und möglicherweise auch eine höhere Schadenssumme. Glaubt man dem Obmann der FPÖ, so zeigt die Regierung einiges Geschick vor allem im »Betrug am Steuerzahler«. »Mit allen erdenklichen Tricks«, etwa indem sie »mit gezinkten Karten« spielt, gelingt es ihr immer wieder, die BürgerInnen »unredlich« und »hinterhältig« »hereinzulegen«, »aufs Kreuz zu legen«.

(e) *Täuschung*. Wiederum mit Austin (1962) gesprochen, hat eine Täuschung »perlokutionäre« Aspekte. Sie bewirkt etwas. Sie ist nicht bloß (bewußte) Fehlinformation, sondern ist effektiv, bringt den Hörer dazu, etwas zu glauben oder zu tun (beispielsweise eine Partei zu wählen). Die repetitive Kritik Haider's, die Regierung betreibe (»arglistige« bis »plumpe«) »Wählertäuschung« ist argumentationsstrategisch wichtig. Denn sie gibt Antwort auf ein klassisches Grundproblem populistischer Wahlwerbung: Wie sonst sollte man erklären, daß die Mehrheit des Volkes, das der Populist zu vertreten glaubt, ihn gar nicht wählt? Wie sonst erklären, daß die »politische Klasse« immer wieder in demokratischen Wahlen breite Unterstützung erhalten hat? Wenn man darauf verzichten will, den WählerInnen Intelligenzdefizite oder »falsches Bewußtsein« zu unterstellen, wenn man also »Publikumsbeschimpfungen« vermeiden möchte, dann bleibt nur der Rekurs auf die These der Manipulation. Auch diese Anklage einer »Täuschung des Wählers« verpackt der politische Profi sehr häufig alltagssprachlich: »Kuckucksei«, »Schaf im Wolfspelz«, »Spiel mit gezinkten Karten«, »Täuschungsmanöver«, »Schwindel«, »Tricks und Finten«.

2.4.2 Charakter

Neben dem Versuch, die Glaubwürdigkeit seiner politischen Gegner zu unterminieren, fließen in Haider's Diagnosen »expressiver Irrationalität« regelmäßig Motive ein, die den Gefühlshaushalt, die Persönlichkeitsstruktur seiner politischen Konkurrenten (vor allem des Bundeskanzlers) betreffen. Drei Themen sind dabei dominierend.

(a) *Kälte*. »Kalt« sind die Vertreter der Regierungsparteien, kalt und »hartherzig«, »Eis-schranke« mit »wenig Gefühl«, »kaltblütig«, »brutal und herzlos«. Die Grundbotschaft ist: die Entscheidungsträger zeigen zu wenig Empathie für die Nöte der Bevölkerung. Oder kritisch verschärft: sie interessieren sich nicht für die negativen Auswirkungen, die ihre eigene Politik im Alltag der Betroffenen anrichtet.

(b) *Arroganz*. Bedauerlicherweise sind die etablierten Politiker nicht nur gefühllos, sondern auch »präpotent«, »selbstherrlich«, »unverfroren«, »arrogant«, »überheblich«, »großspurig«. Auch hier ist die *message* klar: »die da oben« glauben, sie seien was Besseres, distanzieren sich von »denen da unten«. Obschon demokratisch gewählt, verletzen sie damit den demokratischen Gleichheitsgrundsatz. »Arroganz« als Beleg für die soziale Schließung der politischen Klasse.

(c) *Labilität*. Die kalten und coolen Männer der Politik sind offenbar keine starken Männer. Immer wieder glaubt der Bergsteiger und Bungee-Jumper zu erkennen, daß die staatlichen

Entscheidungssträger »das seelische Gleichgewicht verlieren« und »die Nerven wegschmeißen« – »panikartig«, »hitzköpfig«, »nervös«, »kraftlos«, »wild geworden«. Kein Urteil verkündet das moderne Subjekt mit tieferem Mitgefühl: mangelhafte Selbstkontrolle.

3. Die herrschende Klasse

3.1 Die pyramidale Gesellschaft

»Antipolitische« Oppositionspolitik zeichnet sich nicht einfach dadurch aus, daß sie gegen das politische Establishment antritt. Ihre Pointe liegt darin, daß sie behauptet, es gäbe einen zentralen Interessensgegensatz, einen Grundkonflikt in der Gesellschaft: den Konflikt zwischen »oben« und »unten« – zwischen Staat, Parteien, politischer Klasse, etc. auf der einen Seite und ziviler Gesellschaft, Volk, StaatsbürgerInnen, etc. auf der anderen.

Die Annahme eines solchen politischen Grundkonfliktes ist weder für archaische »segmentär differenzierte« »Stammesgesellschaften« noch für moderne »funktional differenzierte« Gesellschaften leicht plausibel zu machen. In ersteren werden Machtdifferentiale nur konjunkturell zugelassen, aber nicht institutionalisiert; Politik ist noch eingebettet in die Gesellschaft, hat sich noch nicht als Machtsystem von ihr abgehoben. In letzteren ist Politik zu einem Subsystem ausdifferenziert, das seinen gesellschaftlichen Steuerungsanspruch gegen andere, eigenlogische und eigendynamische Subsysteme behaupten muß. Nur in »hierarchisch stratifizierten« Gesellschaften, also in politisch verfaßten, staatlich organisierten Gesellschaften kann der Gegensatz zwischen »Spitze« und »Basis«, zwischen Herrschenden und Untertanen unzweideutig als der strukturelle »Grundwiderspruch« der Gesellschaft begriffen werden. Mit Marx gegen ihn: Hier ist die Politik tatsächlich die Basis und der Rest Überbau.

Es ist nun in der Tat das »alteuropäische« Bild einer pyramidalen, vorkapitalistischen, politikzentrierten, herrschaftlich verfaßten Gesellschaft, das Jörg Haider in seinem »antipolitischen« Diskurs malt, mit breiten Pinselstrichen, großflächigen Formaten und tiefschwarzen Metaphern.

Da ist zunächst einmal die flammende Rede von der »Herrschaft« und ihren Komposita (»Parteiherrschaft«, »Einparteiherrschaft«, »Alleinherrschaft«, »Herrschaftsrecht«, »Vorherrschaft«) sowie von »der Macht« und »den Mächtigen« und deren Nominalverbindungen (»Machtkartell«, »Machtgebäude«, »Machtblöcke«, »Machthebel«, »Machtaufteilung«, »Machtverfälschung«, »Übermacht«).

Noch zentraler und irritierender sind allerdings die vielfältigen Metaphern aus der Welt nichtdemokratischer Systeme, moderner wie vormoderner, autoritärer wie totalitärer. Der oftmalige Alleinunterhalter der österreichischen Politik wirft diese Bilder politischer Herrschaft mit besonderer Regelmäßigkeit ins applaudierende Publikum. Diese antipolitischen *running gags* schöpfen ihre Pointen, ihre systemischen Analogien, unter anderem aus dem Erfahrungsraum der Monarchie (»Kaiser Franz«, »Monarch«, »Großinquisitor«, »Imperium«, »sozialistischer Feudalismus«), des surrealen Sozialismus (»totalitär«, »stalinistische Methoden«, »KGB-Methoden«, »Ostblock-Methoden«, »Ostblock-Manier«, »DDR-Geist«, »Pensionsstalinismus«, »Archipel Gulag«), des Autoritarismus (»autoritäre Entwicklungsdiktatur«, »quasi-autoritäre Regierungsform«, »autoritäre Führungsstruktur«) und des Faschismus (»faschistoid«, »rechtsfaschistoid«, »Austrofaschist«, »Austrofaschismus«).

Die Gesellschaft als Herrschaftssystem zu zeichnen heißt: Politik als Instanz von Unterdrückung und Ausbeutung zu zeichnen. Diesen beiden Themen wollen wir uns im folgenden zuwenden. Metaphorische Fertigteile, die Analogien zu nichtdemokratischen Systemen (vor allem zum Feudalismus) suggerieren, werden uns dabei weiterhin eng begleiten.¹⁹

3.2 Unterdrückung

Who governs? Die Macht hat viele Gesichter und Namen. Ihre Träger treten in Haiders Reden aber meist anonym auf. Einige davon sind uns bereits begegnet. Andere lesen sich so: »die Herrschenden«, »die Staatslenker«, »die Verantwortlichen«, »die Politikerkaste«, »die Nomenklatura«, »die Machtparteien«, »die Bürokraten«, »die Manager«, »die Obrigkeit«, »die Herren«, »die Lehnsherren«, »die hohen Herren«, »die Hohen Priester«. Und so weiter.

Herrschaftssysteme sind per definitionem repressiv. Dementsprechend erzählen die Augenzeugenberichte Jörg Haiders eindrucksvoll von Zwang, Unterdrückung und Gewalt. Die Unterdrückungsaktivitäten der »herrschenden politischen Klasse« sind von einer grausamen Vielfalt. Die Entscheidungsträger, die »den Machthebel in der Hand haben«, »kontrollieren«, »terrorisieren«, »knebeln«, »bestrafen« und »entmündigen« ihre Untertanen, die österreichischen StaatsbürgerInnen. Sie »machen sie gefügig«, »schüchtern sie ein«, »walzen sie nieder«, »zwingen ihnen Entscheidungen auf«, »setzen sie massiv unter Druck«, behandeln sie »schikanös und mit ungeahnter Härte«, »trampeln über sie hinweg«, »trampeln ungeniert auf ihnen herum«, »putzen sich die Schuhe an ihnen ab«, »schlagen ihnen ins Gesicht«, »treffen sie mit der vollen Härte des Gesetzes«, »stellen sie vor eine ungewisse Zukunft«, »behandeln sie wie soziale Parias«, »wie Menschen zweiter Klasse«. Die Bevölkerung sieht sich in diesem »Klima der Unfreiheit« »total kontrolliert«, »mattgesetzt«, ihren Chefs »voll ausgeliefert«.

»So herrschen sie« also.²⁰ Die übliche Reaktion auf solche Metaphorik besteht in dem besänftigenden Hinweis, Haider übertreibe eben. In welchem Sinn aber übertreibt jemand, was übertreibt jemand, der einen liberal-demokratischen Rechtsstaat als Diktatur darstellt?

Wenn man seine Repressionsrhetorik experimentell einmal ernst nimmt und sich überlegt, für welchen Kontext sie angemessen sein könnte, dann kommt man überraschend zum Schluß, daß niemand reale autoritäre Systeme in einer so barocken, karikaturesken Sprache beschreiben würde. Niemand würde die Bevölkerung als vollständig unterdrückt beschreiben, als restlos überwältigt, passiv, widerstandslos. Und niemandem würde einfallen, reale Gewalttaten in *Metaphern* zu verkleiden, zu verzerren, zu verniedlichen. Oder würde jemand sagen, Pinochet sei auf der chilenischen Bevölkerung herumgetrampelt?

3.3 Ausbeutung

Herrschaft, das war immer schon (unter anderem) die Verfügung über die Ressourcen anderer. Mit der modernen Differenzierung von Politik und Ökonomie wandern die beiden klassischen Elemente von Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung, gleichsam in verschiedene Systeme ab. Aber natürlich gibt die Ökonomie ihre repressive Züge nicht insgesamt auf, und die staatliche Politik bleibt darauf angewiesen, sich über die zwangsgestützte Aneignung von Ressourcen zu finanzieren. Das Gewaltmonopol des Staates verschränkt sich mit seinem Steuermonopol. Im demokratischen Wohlfahrtsstaat unterliegt die Einhebung von Steuern allerdings der Erwartung eines Äquivalententauschs: die BürgerInnen zahlen Steuern, erhalten dafür aber bestimmte Dienstleistungen.

In Jörg Haiders Diskurs erscheint die österreichische Finanzpolitik demgegenüber als eine ausbeuterische Instanz, die sich Einkommen und Vermögen der Steuerpflichtigen gewaltsam aneignet, ohne irgendwelche Gegenleistungen in Gestalt öffentlicher Güter auch nur ahnen zu lassen.

Das prominenteste Stichwort dazu heißt »Belastung«. Bei jeder marginalen Änderung der Steuerpolitik sieht der FPÖ-Politiker die BürgerInnen von einer »neuen Belastungswelle« überschwemmt, spricht von »Mehrbelastung«, »Belastungspaket«, »Belastungsschub«, »Belastungslawine«, »Belastungsmaschinerie« oder »Belastungsvandalismus«. Alle steu-

erpolitischen Maßnahmen tragen den Namen »Anschlag«, und Jörg Haider weiß situationsunabhängig, daß sie »auf Kosten von« und »zu Lasten von« kleinen, fleißigen und anständigen Leuten gehen, daß sie invariabel »auf dem Rücken« dieser arbeitsamen und damit unschuldigen Opfer ausgetragen werden.

Der brave Steuerzahler Jörg Haider beschreibt steuerpolitische Entscheidungen damit entweder als Negativsummenspiel (bei dem alle Beteiligten schlechter gestellt werden) oder als Nullsummenspiel (bei dem das Staatspersonal gewinnt und die Bevölkerung verliert).

Die alltägliche Realität der Ausbeutung zeichnet er zumeist in Bildern, die aus Zeiten stammen, in denen politische und wirtschaftliche Macht noch miteinander verschmolzen waren; in denen weder ein staatliches Gewaltmonopol durchgesetzt war noch die rechtsstaatliche Einhegung des Steuerzwangs; in denen Steuern nicht vom Finanzamt eingehoben wurden, sondern von Lehnsherren und Raubrittern, also nicht bürokratisch anonym, sondern mit direkt und persönlich ausgeübter physischer Gewalt; in denen also, summa summarum, die Grenze zwischen Beraubung und Besteuerung fließend war.

In feudalistischen Zeiten wie diesen gestalten sich die staatlichen Ausbeutungsaktivitäten natürlich nicht immer ganz zivilisiert. Aber dennoch, nicht alle Aktionen sind gleich illegitim und illegal, Unfairness und Folter trennt mehr als nur ein hauchdünner Unterschied.

In Jörg Haiders Bilderbuch der Ausbeutung sind die noch vergleichsweise harmlosen, gewaltarmen Tätigkeiten mit dem Berufsstand des Kassiers verbunden. Kassiere sind weder für die Produktion noch für den Verkauf von Waren zuständig. Sie sind darauf spezialisiert, Zahlungen entgegenzunehmen. Sie »kassieren ab«, »bitten zur Kasse«, ziehen den Kunden hilfsbereit »das Geld aus der Tasche« und klagen fällige Schulden ein (»Inkasso-Aktionen«).

Mit dem Belasten (siehe oben) und dem Kassieren ist es aber nicht getan. Die »freche Ausbeutung«, die der Staat betreibt, beschränkt sich auch nicht auf die bloße »Brüskierung« und »Provokation« des Steuerzahlers. Und sogar Diebstahl – »kalte Enteignung«, »Rentenklau«, der langfingrige Griff »in die Geldbörsen des kleinen Mannes« – erscheint als eine relativ sanfte Technik staatlicher Ausbeutungspolitik.

Die meisten Bilder suggerieren: Gewalt ist im Spiel. Die Steuerpolitik ist ein Gewaltakt, das Steuersystem ein Gewaltsystem. Das Kaleidoskop der Schandtaten, das die Agenten dieser »Raubritterherrschaft« begehen, ist beeindruckend. Die Anklagen lauten unter anderem auf »Plünderung«, »Mundraub«, »Mafiamethoden«, Blutentnahme (»Schröpfung«), »Bauernlegen«, »Bauernopferung«, »Endlösung der Bauernfrage«, »Steuervandalismus«, »Fiskal-sozialismus«, »Keulenschlag gegen den Steuerzahler«, »Anschläge« auf Einkommen, Eigentum und Arbeitsplätze, »Jagd auf Pensionen«, »räuberische Geldbeschaffung«. In der Tat, die Herrschenden kennen keine falschen Rücksichten. Sie zögern nicht, den Menschen »das Weiße aus den Augen zu nehmen«, sie »auf die Straße zu setzen«, ihnen »großen Schaden zuzufügen«, Geld aus ihnen »herauszupressen«, sie »auszuquetschen«, »auszuzehren«, zu »schlachten«, zu »demontieren« und »in den Schuldurm zu treiben«. Den Betroffenen bleibt nichts, als »den Kopf hinzuhalten«. Sie »dürfen nicht mitreden«, ihre Rolle beschränkt sich darauf, »die Rechnung zu begleichen«. Und die Auswirkungen einer solchen Politik sind natürlich »katastrophal«: »reale Einkommensverluste«, »Bauernvernichtung«, »Verelendung des Bauernstandes«, »latente Umverteilung«, »Ruin tausender Familien«.

4. Schluß

Alle drei Themen, die wir in getrennten Abschnitten behandelt haben, transportieren eine demokratiekritische Botschaft. Der Topos der »Einheitspartei« beruht auf der Hypothese, ein Machtkartell (oder gar Monopol) habe den Parteienwettbewerb (und damit die Demo-

kratie) abgelöst. Die Identifikation einer irrationalen »politischen Klasse« zwingt den Schluß auf, daß demokratische Wahlen sinnlos, weil folgenlos geworden sind, ein leeres Ritual. Und die Beobachtung schließlich, die politische Macht werde von einer »herrschenden Klasse« auf repressive und ausbeuterische Weise verwaltet, diese Herrschaftsdiagnose hält bereits für selbstverständlich, was sonst eher implizit bleibt: daß das politische System nicht demokratisch »defizitär« sei, sondern schlicht *undemokratisch*. Das impliziert natürlich die Botschaft: Der Kritiker, der einsame Kämpfer gegen »die Herrschenden«, er ist der »bessere«, der »wahre« Demokrat. Er ist der Anführer nicht irgendeiner ganz gewöhnlichen Partei, sondern einer echten *Demokratisierungsbewegung*.

Nun, das sei abschließend gefragt, was bringt die Zukunft? Wie stehen die Karrierechancen der Freiheitlichen Partei? Zunächst die unwahrscheinliche Option: Gelangten die Freiheitlichen in die Regierung, würde sich ihr Diskurs sehr wahrscheinlich »normalisieren«, zumindest in der Hinsicht, daß sie ihre »antipolitische« Oppositionsrhetorik wohl weitgehend aufgeben müßten. Sie würden vermutlich zu einem zwar immer noch extrem rechts stehenden und in ihrem Stil nach wie vor autoritären und populistischen, im Prinzip aber doch einigermaßen »normalen« Spieler im Wettbewerb der politischen Parteien. Wer seinen Diskurs und sein Selbstbild an eine bestimmte Position hängt (nämlich an die Oppositionsrolle), der kann nicht tun, als ob nichts passiert wäre, wenn er diese Position plötzlich aufgibt (und in die Regierung wechselt). Im Wahlkampf 1995 etwa, in dem Jörg Haider seinen Führungsanspruch zum ersten Mal deutlich artikuliert, waren gewissen Mäßigungseffekte durchaus schon zu spüren, der Versuch, sich als staatstragend und verantwortungsbewußt zu präsentieren, als verlässlicher und ausgleichender Ruhepol im Kräftefeld politischer Instabilität. Gleichzeitig darf man nicht übersehen, daß politische Parteien auch widersprüchlich agieren können. Die FPÖ könnte auf Bundesebene durchaus dieselbe Doppelstrategie verfolgen, die sie zum Teil schon auf Länderebene (etwa in Salzburg) realisiert: verantwortungslos mitregieren. In die Regierung gehen und trotzdem aggressiv in Opposition bleiben.

Sodann, das realistischere Szenario: Solange die Freiheitlichen (auf Bundesebene) in Opposition bleiben, werden sie ihren antipolitischen Diskurs weiterführen (unter anderem ergänzt durch ausländer-, kultur- und europafeindliche Elemente). Allerdings hat mit den Wahlen 1995 vor allem die Rhetorik von der »Einheitspartei SPÖVP« Risse bekommen. Zum einen hat der Versuch der Volkspartei, sich gegenüber der Sozialdemokratie stärker zu profilieren, die Unterschiede zwischen den beiden Regierungsparteien deutlicher gemacht. Zum anderen haben ÖVP und FPÖ zusammen wieder eine parlamentarische Mehrheit erreicht, und beide Seiten signalisieren heute stärker denn je ihre grundsätzliche Bereitschaft zu parlamentarischer Zusammenarbeit (und eventuell auch zu einer gemeinsamen Regierungsbildung). Solange die »große« Koalition aufrecht bleibt, wird Jörg Haider seine Strategie der Entdifferenzierung, die beide Regierungspartner zusammen in eine Pfanne wirft, deshalb zwar wohl weiterführen. Aber in dem Maße, in dem die politischen Rücksichten auf die ÖVP steigen, wird auch das Freiheitliche Differenzierungsvermögen wieder zunehmen, und die antipolitische Rhetorik wird an Gewicht verlieren gegenüber der traditionsreichen antisozialistischen Rhetorik.

Anmerkungen

- 1 Der Witz ist dabei, daß Haider gewöhnlich nicht den Nationalsozialismus verurteilt, sondern nur seine Verbrechen. Das ist eine bekannte Strategie der »Neuen Rechten«: Man versucht, die nationalsozialistische Ideologie zu retten, indem man erklärt, der Nationalsozialismus und der bürokratisch-industrielle Massenmord, den er organisiert hat, seien gleichsam zwei Paar Schuhe. Haider macht das nicht explizit. Aber er läßt eine solche Deutung zumindest offen.
- 2 Zu stilistischen Parallelen zwischen Freiheitlicher und nationalsozialistischer Sprache, s. etwa Januschek, 1991a; zum Lob der Ganzheitlichkeit, s. Haider, 1993: 15-29, zu ihrer Kritik, Rotter, 1996, und generell zu rechtsextremen Wahlverwandtschaften des Freiheitlichen Programms, Bailer/Neugebauer, 1993: 367-403; zur Absolution und Seligsprechung der NS-Generation, s. Goldman/Krall/Ottomeyer, 1992; zur Integration von Rechtsextremisten und zur Verflechtung der F mit rechtsextremen Netzwerken, s. ebenfalls Bailer/Neugebauer, 1993 und Scharsach, 1995.
- 3 Angemerkt sei hier, daß die Diskussion in der Regel auch unzureichend zwischen Wollen und Können unterscheidet, zwischen Intentionen und Fähigkeiten. Es mag schon sein, daß der F-Obmann einen »autoritären Führerstaat« errichten will. Aber er handelt ja nicht in einem institutionellen Vakuum. Was er erreichen kann, wird immer auch davon abhängen, was die geltenden Institutionen und Spielregeln zulassen und auch davon, wie die anderen politischen Akteure darauf reagieren. Zugespißt: Ob jemand eine »Gefährdung der Demokratie« darstellt, was Jörg Haider oft zugeschrieben wird (etwa in Kraxner, 1995: 28), hängt weniger von ihm selber ab als vom Zustand ebendieser Demokratie.
- 4 »Semiloyale« Parteien nehmen eine unscharfe Zwischenposition ein zwischen systemisch »loyalen« Demokraten und (explizit) »illoyalen« Demokratiefeinden (s. dazu Linz, 1978: 27-38, und Schedler, 1995).
- 5 Auch wenn die Akzente in der Regel anders gesetzt werden, so ist die »antipolitische« Rhetorik Jörg Haiders seinen Kritikern und Analytikern natürlich nicht gänzlich verborgen geblieben (vgl. etwa Bailer, 1995: 265; Berghold/Ottomeyer, 1995: 4; Goldman/Krall/Ottomeyer, 1992: 60-103; Gruber, 1988; Januschek, 1994: 285-297; Krall, 1992: 367; Kraxner, 1995: 8; Pfahl-Traugber, 1994: 55-56; Westphal, 1994: 68-72; Wilhelm, 1995).
- 6 Der Herausgeber Gudmund Tributsch war so freundlich, uns vor der Drucklegung des Werks eine Manuskriptfassung von Ende 1993 zur Verfügung zu stellen, die diesem Artikel zugrundeliegt. Wir nützen die Gelegenheit, ihm an dieser Stelle unseren herzlichen Dank dafür auszusprechen.
- 7 Eine Reihe von *methodischen Anmerkungen* über unser Primärmaterial ebenso wie über unser Vorgehen scheinen hier angebracht. Erstens, zur *Auswahl* des Materials. Das »politische Wörterbuch«, das ursprünglich den Arbeitstitel »Dr. Jörg Haiders politisches Schimpfwörterbuch« trug, ist eine einzigartige Sammlung aggressiver politischer Kritik seitens des FP-Obmannes. Dabei handelt es sich bei den politischen »Beschimpfungen«, die es dokumentiert (obwohl sein Titel letztlich auf den fast affirmativen Begriff der »Aussprüche« abgeschwächt wurde), genau um die Textsorte, die wir für unser Vorhaben brauchen. Denn zum einen unterstellt der Begriff der »Antipolitik« eine gewisse Härte, Aggressivität der Kritik am politischen Establishment. Und zum anderen ist *common sense*, daß sich Jörg Haiders rhetorischer Stil gerade durch seine polemische Ausdrucksweise von anderen abhebt. »Beschimpfungen« zählen sozusagen zu seinen öffentlichen Kommunikationsroutinen. Zweitens, zur *Selektivität* des Materials. Das Lexikon beansprucht, wie es im Klappentext heißt, »jeden zugänglichen, politischen Haider-Ausspruch seit 1986« zu erschließen. Dieser Vollständigkeitsanspruch muß wohl etwas relativiert werden. Die jährliche Anzahl von »Aussprüchen«, die in das Buch Eingang gefunden haben, schwankt beträchtlich. Dem Höchststand von 403 Nennungen im Jahr 1987 steht der Tiefstand 35 Nennungen im Jahr 1992 gegenüber, wobei die Zitatenhäufigkeit generell von 1986 bis 1993 abnimmt. Diese ungleiche Verteilung legt die Vermutung nahe, daß die Auswahl doch selektiv ist. Die möglichen Gründe dafür sind vielfältig: das Auftreten von Wiederholungen, die nicht nochmals aufgenommen wurden; eine ungleiche Aufmerksamkeitsverteilung oder sich verändernde Ein- und Ausschlußregeln des Herausgebers; »endogene« Schwankungen der Öffentlichkeitsarbeit und der »Beschimpfungsintensität« Jörg Haiders; oder auch Veränderungen in der Berichterstattung und im Sammeln von Wortspenden seitens der Printmedien und des ORF. Nachdem jedoch keine Anhaltspunkte für eine *systematische*, inhaltlich begründete Verzerrung (*bias*) des Materials vorliegen, wird unser Untersuchungsvorhaben durch seine eventuelle Unvollständigkeit nicht

beeinträchtigt. Drittens, zur *Dekontextualisierung*. Die Zitate, die im »politischen Lexikon« zusammengetragen wurden, sind Textfragmente. »Aussprüche« sind Bruchstücke, Findlinge aus dem Steinbruch der Kommunikation. Sie zu analysieren steht gegen die sprachwissenschaftliche Grundregel, sich keine Ausschnitte, sondern nur vollständige Texte anzuschauen. Hinter dieser Regel liegt die Vorstellung, der Gesamttext sei relevant, sei Kontext, ohne den die fragliche Äußerung nicht verstanden werden könne. In der zeitgenössischen Politik wirkt diese Hintergrundannahme allerdings illusorisch. Politische Stellungnahmen gelangen nicht nur selektiv und bruchstückhaft, auf zwei Absätze oder zehn Sekunden zusammengeschnitten, in die Öffentlichkeit. Sie werden bereits in Hinblick darauf *strategisch produziert*, daß sie nur als »mediengerechte« Fragmente in den Umlauf gehen, als Sprüche, Pointen, Resümees, Slogans, Kurzformeln. Rezipiert und kommentiert werden genau diese Textminiaturen, während der Rest der kollektiven Vergessenheit anheimfällt. Das heißt, das Fragment ist die Botschaft; alles andere ist Dekoration. Es macht also Sinn, sprachliche Bruchstücke zu analysieren, die im Kampf um Aufmerksamkeit reüssiert und die Eintrittsbarrieren in die politische Öffentlichkeit übersprungen haben (vgl. auch Januschek, 1991b). Dabei sind die »Aussprüche« in Tributsch 1994 zwar aus ihrem Zusammenhang gerissen. Aber sie sind nicht *völlig* dekontextualisiert. Mit Hilfe des Datums, der mitlaufenden Informationen und des eigenen Hintergrundwissens kann meistens erschlossen werden, welche Personen, Positionen und Ereignisse Anlaß und Gegenstand des betreffenden »Ausspruches« bildeten. Wie bereits angedeutet, geht die vorliegende Arbeit allerdings noch weiter, insofern sie diese bereits dekontextualisierten Zitate nochmals zerlegt und dekontextualisiert. Viertens, zur *Zitation*. Der detailliert gearbeitete Schlagwortkatalog des Lexikons erlaubte uns, im Sinne der Lesbarkeit darauf zu verzichten, bei unseren zahlreichen Zitaten jeweils die konkreten Quellenhinweise zu nennen. Bis auf wenige mögliche Ausnahmen lassen sich unsere Angaben jeweils mit Hilfe des Schlagwortverzeichnisses auffinden (s. Tributsch, 1994). Die Zitate können auch anhand unseres eigenen Stichwortkatalogs überprüft werden, den wir Interessierten gern zur Verfügung stellen. Im übrigen haben wir, ebenfalls im Sinne der Lesbarkeit, entgegen akademischen Gepflogenheiten auch davon abgesehen, Jörg Haider in jedem Fall exakt wörtlich zu zitieren. So haben wir uns aus stilistischen Gründen häufig erlaubt, etwa Artikel und grammatikalische Fälle umzustellen.

- 8 In der Sprache Stephen Toulmins könnte man feststellen, daß Geltungsansprüche (*claims*), die Solovorstellungen geben, die also ohne *data*, *warrants*, *backings* und *qualifications* auftreten, wohl kaum qualifiziert sind, den ehrenvollen Titel von »Argumenten« zu tragen (vgl. Toulmin, 1958).
- 9 Die Koalition ist keine »minimal winning coalition«, wie sie einfache Varianten der Spieltheorie voraussagen, sondern eine »übergroße«, eine »over-sized coalition«.
- 10 Die Liste der invektiven Adjektive ist lang. »Autoritär« und »chaotisch«, sind Evergreens, aber auch »feig«, »realitätsfern«, »kulturfaschistisch«, »neomarkistisch«, »totalitär«, »verblendet«, »halbintellektuell«, »nihilistisch«, »populistisch«, »intolerant«, »pervers«, »menschenverachtend«, »unerträglich« (vgl. etwa Haider, 1994: 50ff. und 224ff.).
- 11 Über 70% aller »Objekte« im »Schimpfwörterbuch« (1986-1993), nach eigener Codierung und Berechnung.
- 12 Die Rechts/Links-Unterscheidung für anachronistisch zu erklären, ist ein traditioneller Topos der politischen Rechten. Aber natürlich kommen heute, wo der Sinn dieser Unterscheidung immer undeutlicher wird, solche Relativierungen nicht nur von Rechts, sondern sind in einem gewissen Sinn Teil der politischen Allgemeinbildung geworden.
- 13 Es gibt einige Kandidaten, die gleichsam als republikanische *Gegenbegriffe* zur (patrimonialen) politischen Klasse in Frage kämen: etwa die Berufspolitiker, die politische Elite oder die professionelle Politik. Aber diese Begriffsentscheidung zu fällen, ist an dieser Stelle gar nicht notwendig. Die Pointe ist hier lediglich, daß es einen Unterschied gibt zwischen »schlechter« politischer Klasse und »guten« professionellen Politikern. Und diese Differenz ist nur dann irrelevant, wenn man sich bereits auf der Ebene der Prämissen auf eine der beiden Seiten schlägt.
- 14 Es sei daran erinnert, daß Jörg Haider hier eine Doppelstrategie verfolgt. Zum einen ist Botschaft: die Regierung ist schuld, wenn jemand keine Arbeit hat. Diese anti-marktwirtschaftliche Pointe ist die persönliche Botschaft für den Hörer. Gleichzeitig gilt: wenn jemand keine Arbeit hat, ist er selber schuld. Das ist der individualistische Vorwurf an alle anderen (außer mir). Die Opfer stehen in der ersten Person, die »Sozialschmarotzer« in der dritten.

- 15 Unsere etwas umständlichen Formulierungen verdecken unter Umständen eine wichtige Pointe: daß alle Ungleichheiten, die in der dichotomen Welt Haiders Erwähnung finden, politisch generiert sind. Ökonomisch erzeugte Ungleichheiten erscheinen grundsätzlich als legitim. Sie werden den Individuen angelastet (bzw. gar nicht erst thematisiert). Kritisiert werden sie allenfalls, um Schutzfunktionen des Staates einzufordern.
- 16 Das Stereotyp der »undurchsichtigen Geschäfte« garantiert, auf durchsichtige Weise, argumentativen Komfort. Man wirft Normverletzungen vor, ohne dies aussprechen zu müssen. Das Publikum hat trotzdem den Durchblick. Es weiß schon: die »Undurchsichtigkeit« verdankt sich nicht einer eventuellen Sehschwäche des Beobachters, sondern liegt im (durchsichtigen) systematischen Interesse derer, die es nötig haben, etwas zu verbergen.
- 17 Im Nationalratswahlkampf 1995 wurde das »Ausmisten« sogar zu einer zentralen Parole Jörg Haiders und die Mistgabel zu einem zentralen Symbol (in Ablöse des »Umrührens« und des Kochlöffels). Dabei ist das klassische Bühnenrequisit des populistischen Saubermannes der Besen (zum »Auskehren«). Aber vielleicht kommt das noch.
- 18 Oben haben wir festgehalten, Berufspolitiker, die den Gruppennamen einer »politischen Klasse« verdienen, orientierten sich am Primat der Selbstreproduktion. Das meint: Primat der Selbstbereicherung und Primat des Machterhalts. Was letzteres betrifft, so zitiert Jörg Haider zwar gelegentlich die Formel von der »Machtbessenheit«, oder er spricht von der »Angst« seiner Gegner, »ihre Regierungssessel zu verlieren«, von ihrem Willen zur »Machterhaltung um jeden Preis«. Insgesamt bleibt dieses Motiv jedoch bemerkenswerterweise im Hintergrund.
- 19 Die geradezu verfassungspatriotischen Argumentationslinien, die Haider im Vorfeld der EU-Volksabstimmung 1994 einschlug, kontrastierten ironisch zu seinen eingeübten rituellen Beschwörungen von Macht und Herrschaft. Vor diesem Referendum begann der FPÖ-Obmann mit einem Male, die Vorzüge der österreichischen Demokratie zu preisen. Das heimische politische System gerann ihm plötzlich zum Inbegriff von Bürgernähe, Mitbestimmung und direkter Demokratie. Die Metaphern autoritärer Herrschaft wurden vorübergehend externalisiert und auf Brüssel projiziert.
- 20 Die Anspielung gilt der vom Freiheitlichen Bildungswerk produzierten sogenannten »Video-Dokumentation« »über alles, was die Machthaber gern verschweigen«, die 1992 unter dem Titel erschien »So herrschen sie. Die diktatorischen Spielregeln der österreichischen Demokratie. Die Lebenslügen der Republik Österreich«.

Literatur

- Austin, John L. (1962) *How to Do Things with Words*. Oxford u.a.
- Bailer, Brigitte (1990) *Die Neue Rechte: Jörg Haider – ein Politiker der neuen oder der ganz alten Art?* Wien.
- Bailer, Brigitte (1995) »FPÖ, F-Bewegung und Neue Rechte«, *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 24 (3): 263-274.
- Bailer, Brigitte/Neugebauer, Wolfgang (1993) »Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus«, S. 327-428 in Stiftung Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hrsg.) *Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus*. Wien.
- Berghold, Joel/Ottomeyer, Klaus (1995) »Populismus und neuer Rechtsruck in Österreich im Vergleich mit Italien«. Klagenfurt: Universität Klagenfurt, mimeo.
- Beyme, Klaus von (1992) »Der Begriff der politischen Klasse – Eine neue Dimension der Elitenforschung?«, *Politische Vierteljahresschrift* 33 (1): 4-32.
- Downs, Anthony (1957) *An Economic Theory of Democracy*. New York.
- Goldmann, Harald/Krall, Hannes/Ottomeyer, Klaus (1992) *Jörg Haider und sein Publikum*. Klagenfurt.
- Gruber, Helmut (1988) »Der kleine Mann und die alten Parteien: Ergebnisse einer Untersuchung zum Sprachgebrauch Jörg Haiders 1973-1987«, *Journal für Sozialforschung* 28 (1): 137-147.
- Habermas, Jürgen (1982) *Theorie des kommunikativen Handelns*. 2 Bände. Frankfurt am Main.
- Haider, Jörg (1994) *Die Freiheit, die ich meine: Das Ende des Proporzstaates, Plädoyer für die Dritte Republik*. Frankfurt am Main und Berlin.

- Ignazi, Piero (1992) ›The silent counter-revolution: Hypotheses on the emergence of extreme right-wing parties in Europe‹, *European Journal of Political Research* 22 (1), Juli: 3-34.
- Januschek, Franz (1991a) *Rechtspopulismus und NS-Anspielungen am Beispiel des österreichischen Politikers Jörg Haider*. Dortmund.
- Januschek, Franz (1991b) ›Der rechtspopulistische Diskurs in Österreich‹, S. 5-22 in Jäger, Margret/Jäger, Siegfried (Hrsg.) *Aus der Mitte der Gesellschaft: Zu den Ursachen von Rechtsextremismus und Rassismus in Europa*. Dortmund.
- Januschek, Franz (1994) ›J. Haider und der rechtspopulistische Diskurs in Österreich‹, S. 284-335 in Tributsch, 1994.
- Klingemann, Hans-Dieter/Hofferbert, Richard/Budge, Ian (Hrsg.) (1994) *Parties, Policies, and Democracy*. Oxford u.a.
- Kirchheimer, Otto (1966) ›The Transformation of West European Party Systems‹, S. 177-200 in LaPalombara, Joseph/Weiner, Myron (Hrsg.) *Political Parties and Political Development*. Princeton.
- Krall, Hannes (1992) ›Rechtspopulismus am Beispiel Jörg Haider‹, *Journal für Sozialforschung* 32 (3/4): 363-375.
- Kraxner, Christian (1995) »Autoritärer Populismus«. Wien: Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung und Politische Bildung.
- Linz, Juan (1978) *The Breakdown of Democratic Regimes: Crisis, Breakdown and Reequilibrium*. Baltimore und London.
- Marcuse, Herbert (1982) *Der eindimensionale Mensch*. Darmstadt und Neuwied.
- Pfahl-Traugber, Armin (1994) *Volkes Stimme: Rechtspopulismus in Europa*. Bonn.
- Scharsach, Hans-Henning (1992) *Haiders Kampf*. Wien.
- Scharsach, Hans-Henning (1995) *Haiders Clan*. Wien.
- Schedler, Andreas (1996a) ›Anti-political-establishment parties‹, *Party Politics* 2 (3), Juli (im Erscheinen).
- Schedler, Andreas (Hrsg.) (1996b) *The End of Politics? Explorations into Modern Antipolitics*. London und New York.
- Schedler, Andreas (1995) »Semiloyalität«. Wien: Institut für Höhere Studien, mimeo.
- Schedler, Andreas (1994) *Taking Electoral Promises Seriously: Reflections on the Substance of Procedural Democracy*. Konferenzpapier, XVth World Congress, International Political Science Association (IPSA), Berlin, 21. bis 25. August.
- Toulmin, Stephen (1958) *The Uses of Argument*. Cambridge u.a.
- Tributsch, Gudmund (1994) *Schlagwort Haider: Ein politisches Lexikon seiner Aussprüche von 1986 bis heute*. Wien.
- Westphal, Sabine (1994) *Der Populismus der FPÖ unter Jörg Haider*. Universität Wien: Diplomarbeit.
- Wilhelm, Markus (1995) ›Haider = Vranitzky‹, *Foehn* 12 (21): 3-81.